

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 1/6, und durch Postportale zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 3.00, wo keine Post am Orte, M. 3.50.

Interaktionsgebühr beträgt für die einwöchige Anzeigenzeit über deren Raum 25 Pfennige, für Druck- und Anzeigenmaterial 15 Pfennige. Preis für die nächste Nummer nach dem 1. Oktober 1906 1 Pfennig. Expedition abgeben nach.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 237.

Donnerstag, den 11. Oktober 1906.

17. Jahrgang.

Zwei edle Brüder!

(Zu den Stadtverordnetenwahlen.)

„Wenn die Gemeinde das ist, was sie sein sollte, dann werden Wunderwerke für die Gesamtheit unserer Volksgenossen gerade aus ihr erwachsen.“ Mit diesen Worten schloß Genosse Dr. Südekum den Vortrag, den er vor zwei Jahren, kurz vor den damaligen Stadtverordnetenwahlen, vor den Breslauer Arbeitern hielt. Und die diesen Schlussworten vorangegangenen Ausführungen über wirklich volkstümliche, d. h. also sozialdemokratische Kommunalpolitik bestätigten diese stolzen, selbstherrlichen Worte unseres „wirklichen Lehrers“ und Förderers kommunalpolitischer Ideen und Bestrebungen.

Wie weitentweit entfernt wir im gegenwärtig bestehenden Klassenstaat von diesen erhofften und verheißenen „Wunderwerken für die Gesamtheit unserer Volksgenossen“ noch sind, das kommt uns mit schmerzdem Bedauern gerade jetzt wieder zum Bewußtsein, wo wir uns zu neuem Kampfe rüsten, um jenen idealen Bestrebungen neue Vertreter auch in der Breslauer Gemeindeverwaltung zu erringen. In wenig mehr wie vier Wochen, am 10. November d. J., werden die Wähler der dritten Abteilung, also die Massen der mittleren und kleineren Bürger und Beamten, und die besser gelohnten Arbeiter Breslaus Ergänzungs- bezw. Ersatz-Wahlen zur Stadtverordneten-Versammlung vornehmen. In diesen Wahlen ist die politisch aufgeklärte, klassenbewußte Arbeiterschaft Breslaus, die in der Sozialdemokratie ihre Vertretung hat, in hohem Maße interessiert, und deshalb richten wir in den vorliegenden Ausführungen unser Augenmerk einmal wieder schärfer auf die „Wunderwerke“, die bisher die Gemeinde für die Gesamtheit der Volksgenossen geschaffen hat oder sich doch anmaßt, geschaffen zu haben.

Ein Wunderwerk wäre es freilich, wenn die bisherigen Herren im Breslauer Gemeindefaule in der Tat Großes für die Gesamtheit der Volksgenossen geschaffen hätten. Sind diese Herren doch nicht die Vertretung dieser Gesamtheit, sondern nur die Vertretung der bestehenden, bevorrechteten Klassen. Ein standaltes „Wahlrecht“ gibt den wenigen Hundert sehr reichen Leuten ein ganzes Drittel der Stadtverordneten, einigen Tausenden reicher und sehr wohlhabender Leute das zweite Drittel, während mehr wie fünfzigtausend Bürger und besser situierte Arbeiter sich mit dem letzten Drittel der Stadtbürger begnügen müssen, weitere fünfzigtausend Arbeiter aber nicht einmal diesen Schatten eines wirklichen kommunalen Wahlrechts besitzen. Da ist es denn kein Wunder, daß eine so zusammengesetzte Stadtverordneten-Versammlung ihren Ursprung nicht verleugnet und immer und immer im Interesse der Herrschenden, gegen das Interesse der Beherrschten wirkt und handelt.

Auch unter den Herrschenden im Breslauer Stadtparlament gibt es zwei sich oft scharf bekämpfende Parteien, aber für die große Masse kommt bei diesen Kämpfen nichts heraus, es ist ein Kämpfen um die Beute, um diese oder jene Methode der Beherrschung und Entrechtung der großen Masse und das rechtlose Volk von Breslau hat sich bei diesen Kämpfen nur zu fragen, ob es „liberal“ gelocht oder „kerikal-konserverbitt“ gebraten worden wird. Gewiß sind unsere Breslauer Liberalen ob solchen Urteils aus sozialdemokratischem Munde immer hoch entrüstet und zeternd über freile Entstellung und Verbeugung, wahr bleibt dieses harte sozialdemokratische Urteil aber deshalb doch, denn dieses Urteil stützt sich auf unerschütterliche Tatsachen.

Ja, wenn die Güte einer Partei nach ihren schönen Worten und Versprechungen zur Zeit von Wahlen bemessen werden dürfte, dann würden die Breslauer Liberalen, wie die unter dem schönen Namen „Freie Vereinigung“ auf den Bauernfang ausgehenden brüderlich betetigten Konserverbitten und Zentrumsleute gewiß treffliche Vertreter des Volkes sein. Aber wir bemessen sie gerechter Weise nach ihren Leistungen vom Standpunkte der Arbeiterinteressen gesehen, und da heißt es denn: Gehüpft wie gesprungen, Liberale wie Reaktionäre. Nehmen wir aus der Fülle des Vorhandenen nur einige besonders klare Beispiele:

Da sind Steuerfragen. In ihrem „Programm“ unterscheiden sich hier allerdings die Liberalen von den Reaktionären, denn die ersteren sind für direkte, die letzteren für indirekte Besteuerung, und zwar solche der großen, besitzlosen Masse. Trotz dieses „Programms“ aber haben es die Breslauer Liberalen fertig gebracht, während der ganzen Dauer ihrer Herrschaft im Stadtparlament, mehr wie achtzig Jahre lang, die unerhörte Steuer auf das wichtigste Volksmittel, das Fleisch, in Form einer brüderlichen Schlachtfleuer aufrecht zu erhalten. Und sie würden es haben bis zum St. Nimmerleinstage belassen, wenn sie könnten. Liberale wie „Freie Vereinigung“, denn diese Steuer nimmt den Armen und schon die Reichen, die Klassengenossen der Herren Stadtbürger!

In ihrem politischen Programm haben die Liberalen auch ein freies Wahlrecht. Was aber haben sie für die Verwirklichung dieses Grundsatzes bisher getan? Nichts, wenn man nur sagen könnte: Nichts, gar nichts! Viel schlimmer noch ist, daß sie in hundert Fällen ganz direkt gegen diese ihre angeblichen Grundsätze handelten. Ist es nicht, zur Schande eines verlogenen Liberalismus, bekannt in aller Welt, daß diese „Liberalen“ in manchen Städten das schlechte, ungerechte Wahlrecht noch schlechter und ungerechter machten? Man braucht nur die Namen Kiel und Königsberg zu nennen! Sind unsere Breslauer Kommunal-Liberalen etwa besser? Bewahre! Zu der Ausdehnung des Wahlrechts der dritten Klasse auf die Einkommensstufe von 660 bis 900 Mark verhielten

sich diese „Liberalen“ so lange ablehnend, bis sie zur Anerkennung der Erweiterung durch verwaltungsgerichtlichen Spruch gezwungen wurden. Und zu der Zeit, vor etwa zehn Jahren, waren die Herren Liberalen noch unbeschänkte Herren im Hause, die reaktionären Konserverbitten um den kommunalen Fleischtopf waren noch in hoffnungsloser Minderheit. Mit verblichener Unverschämtheit setzten sich die „Liberalen“ über ihre „Grundsätze“ hinweg. Warum? Es galt eben, ihrer Klasse die Herrschaft zu erhalten, sie nicht durch das Aufkommen von Arbeitervertretern schmälern zu lassen.

Wie es da um die Förderung der eigentlichen Arbeiterinteressen, um kommunale Sozialpolitik bei beiden edlen, kapitalistischen Brüdern im Stadtverordnetenfaule stand und steht, braucht kaum gesagt zu werden. Ob „Liberale“, ob „Freie Vereinigte“, für sozialpolitische „Experimente“ hatte man niemals etwas übrig. Was? ruft entrüstet so ein liberaler „Sozialpolitiker“, haben wir nicht mehrere Brausebäder, eintige Wärmehallen, etliche Kinderspielplätze und gar drei Lesehallen geschaffen? In der Tat, das ist richtig, aber diese „Wunderwerke“ der gemeindlichen Sozialpolitik herzhähen, heißt zugleich, die ganze Zämmerschicht derselben illustrieren. Wahrhaftige sozialpolitische Aufgaben, wie sie die Worte Gesundheitswesen, Wohnungsfrage, Bodenpolitik etwa vor unserem geistigen Auge erscheinen lassen, in ihrer Bedeutung für die „Gesamtheit unserer Volksgenossen“ auch nur zu ahnen, das vermögen unsere kurzschäftigen, in engherzigstem, träumerhaftem Klasseninteresse befangenen Epitapher beider politischen Schattierungen nicht. Ein klassischer Beweis dafür ist die Breslauer städtische Grund- und Bodenpolitik. Wohl kaufte man, zum Teil zu sehr teuren Preisen, einen großen Grundbesitz zusammen, lediglich um neue Straßen und Plätze anlegen und öffentliche Gebäude errichten zu können. Auf der anderen Seite aber hüllte man einen großen, zusammenhängenden und wertvollen städtischen Besitz, die Leichäder, feigenweise aus und machte mit dieser wirren, planlosen Bodenpolitik jede Einwirkung auf die brennende Wohnungsfrage unmöglich. Um Gotteswillen nur nicht irgend wie und irgendwo den Waben Bodenbesitzern und Wohnungsfabrikanten das edle Geschäft stören, das ist und bleibt die Parole unserer bürgerlichen Stadtbürger, mögen sie sich liberal oder konserverbitt-kerikal schimpfen. Sind jene doch auch wieder Fleisch von ihrem Fleisch!

Der nächste kommunale Wahlkampf in Breslau wird besonders hart werden, nicht nur zwischen Sozialdemokraten und Bürgerlichen, sondern auch zwischen den beiden edlen bürgerlichen Brüdern selbst, den Liberalen und der „Freien Vereinigung“. Die letztere hat sich schon seit Jahren vermessen, der „Judenherrschaft“ ein Ende zu machen. Und sie steht in der Tat ganz dicht vor diesem Ziele, denn den 49 „Reaktionären“ stehen nur noch 51 „Liberale“ gegenüber, von welcher letzteren sogar zwei Mann sich der lieben „Freien Vereinigung“ außerordentlich ber-

Das Weiberdorf.

Roman aus der Eifel von Clara Viebig.

24 | Nachdruck verboten.

„Dat Tina waar het“, sagte sie hastig. „Et laot, dau häßt em verpoch, dau wöllt et metholen nao Oberfall. Kuchle het?“ Sie hielt ihm die Wange hin, über deren weiches Fleisch sich ein scharfer Strich zog. „Mir haon en ordentlichen Disturs gehaot. Awer ech glesn met. Jesses!“ — sie machte einen kleinen Popser — „ech hören se schuns siedeln! Gäl, Pittchen, mir glesn daor?“ Sie blinzelte ihn mit schimmernden Augen an.

„Dat Tina, dat frech Mensch“, murmelte Peter und kratzte sich mismutig hinter den Ohren. „Ech glesn net nao Oberfall, ech haon ten Zeit!“

„Dau!“ Lucia lachte ihm in's Gesicht, und dann sagte sie ernsthafter: „Dän Küster waar het, hän wöllt kuden, wie weit batste als met dem Kronleuchter wärs. Hän wöllt et abfolut wissen: hän laot, dän Gäre Pastor häßt em schiden. Mir wöllten in die Kammer kuden, mir haon verucht —“

„Dummerlich doch noch ech!“ Peter fuhr sie so heftig an, daß sie betroffen zurückwich. Mit großen Schritten eilte er zur Kammertür, zog den Schlüssel aus seiner Tasche und steck ihn in's Schloß; dann kratzte er hinter sich zu. Zeit hörte, daß er zweimal zuschloß.

Er blieb sehr lange in der Kammer; als sie ihn zur Abendstube rief, war ein dumpfes Gurgeln seine einzige Antwort.

Sie klopfte und schlug gegen die Tür. „Pittchen, hörste dann net? Pittchen! Eweil sollste kommen, Pittchen!“ Unpöblich, mit einer solchen Behemung trat er heraus, daß er ihr die Tür gegen den laujend vorgelegten Kopf stieß. Er beachtete nicht, daß ihr die Kränen in die Augen schossen; flumm und häftig schlingend, verzehrte er am Herdbrand das Nuss und die paar vom Mittag übrig gebliebenen kalten Schaiensartoffeln.

Als er satt war, kam eine ruhigere Stimmung über ihn; er ließ seinen heißen Kopf, wie erschöpft, an Lucias Schultern sinken und umfakte ihren Leib. „Dat waar en Strawak“, stieß er unwillkürlich heraus, „härreh!“

„Wat dann?“ fragte sie zerstreut; sie dachte nur an den morgenden Tanz.

Ohne zu antworten, wühlte er den Kopf immer tiefer. Sie stich mechanisch über sein Haar, vor ihren Augen drehten sich die Länger.

Er murmelte in sich hinein: „Der kann jao eweil dat“

Läwen net mich mantendren.“ Und dann fuhr er plötzlich auf: „Zeit, freu dich!“

„Dau geht mit mer nao Oberfall? O dau Pittchen!“ Trotz überauscht drückte sie ihm einen schallenden Kuß auf die Wacke. „Nao Oberfall!“

„Gieh mit wäm datste wüß! Laot mit mein Kuß!“ Gestig sprang er auf und eilte in die Kammer; wieder schloß er hinter sich zu.

Zum zweiten Mal schon machte Lucia in dieser Nacht auf, und noch immer lag ihr Mann nicht neben ihr. Schlaftrunken rief sie sich die Augen Unter der Schwelle der Kammertür stach sich noch ein Nadelstich in die Stube; nun hörte sie auch drinnen noch hamtieren, häftiges Hinundhergehen und unterdrücktes Fluchen.

Sie bedauerte ihren Mann; was der sich plagen mußte! Seit der Kronleuchter im Hause war, war das arme Pittchen wie beengt; war' der nur geblieben, wo der Pfeffer wächst!

Reife schlich sie sich aus dem Bett und lugte, mitteilidig und neugierig zugleich, durch den Spalt, der mitten im Holz der Kammertür klappte. Nichts zu sehen, von innen war er verklebt.

„Pittchen“, rief sie und klopfte.

Keine Antwort.

„Innen Gemurmel, als ob einer betet oder Geißler beschwört.“

Draußen erhob der Nachwind ein stöhnendes Geheul. Das pff und ächte und tobte und jöhkte; das Wodesbeer jagte im Runowald, oder der Teufel rief die Regen auf dem Langplatz bei Großlittgen zusammen. Der wilde Herbststurm rief am Strohhack, nicht viel fehlte mehr, und die Stütze wurde abgedeckt.

Sie starr in dem dünnen Gemd, das ihr nur bis zu den Knien reichte. Zitternd schlich sie in's Bett zurück.

Vorwärtsblickte Lucia Mißfert am anderen Morgen in der Sonntagmesse zur Strömung auf, an der ein großes Loch die Stelle zeigte, wo der Kronleuchter gehangen. „Dau“, murmelte sie drohend und ballte die Faust in den Falten ihres Kleides. „Draußt dau erunner zo porzeln, konntste net warden bis morgen? Eweil häßt hän heit met mer nao Oberfall glesn!“

So war mit dem Peter nichts anzufangen; der bastelte den ganzen heiligen Sonntag in seiner Werkstatt und wurde unwillig, wenn man ihn störte.

Sie betete recht angelegentlich zur Jungfrau Maria; wenn die ihr doch einen schidte, der sie minderte!

Am frühen Nachmittag wusch und schaute sie sich noch einmal; die Haare glänzten ihr wie Seide auf dem wohlgeformten Kopf, das Kleid sah doch noch erträglich aus, nun sie es

mit einem Spitzenkrägelchen, von einer gelben Bandtschleife geschloffen, ausstaffiert hatte. Mit Wohlgefallen guckte sie in den Spiegelchen. „Zeit, wie die Ohrringel blitzen, wie pures Gold!“ — war zwar nur blanzgeputztes Messing, ein Haupter hatte ihr die Ringelchen einmal eingekauft gegen alte Lumpen; freilich, ein paar handball Federn aus dem Bett hatte sie auch noch mit dreingeben müssen.

Mit naiver Freude besah sie sich lange, dann trat sie vor die Haustür, stemmte die Arme in die Seiten und lugte aus.

Jesus, Maria, Josef! Wer kam denn da mit Säbelgerassel die Dorfstraße herauf?! Sie traute ihren Augen nicht; einen hellen Freudenstern stieß sie aus — das war ja der schöne Gendarm von Oberfall!

Ihr Kleid raffend, sprang sie in großen Schätzen ihm entgegen. „Dau ihr nur leme zuvoram!“

Die einsame Dorfstraße hatte sich plötzlich belebt, aus allen Fenstern fuhrn Köpfe; Türen klappten. Rufen, Laufen, Lachen. Mit Hauberkhülle war Leben, wo eben noch alles ausgestorben erschienen. Da waren schon die Tina, die Brun und die Zeit! Die kleine Willa kam auch gerannt und noch ein ganzer Schwarm anderer.

Der schöne Gendarm verstand rechts und links freundliche Blide aus seinen blanken Augen und lachte über das ganze runde Kindergeicht, daß sich die Grüsschen in seinen Waden zu zwei Köchelchen vertiefen.

„Ben suchte er?“

„Run war Lucia bei ihm. Gäre Schandarm, Gäre Schandarm“, sammelte sie atemlos, mit ihrem strahlendsten Lächeln.

„Verfluchtes Schwein — pardon, wollte sagen: riesiges Stück!“ Er legte zwei Finger an den Helm und betrachtete sie mit der Miene eines Grobers. „Du darste grade an die, schöne Frau!“ Er gab sich Mühe, des ein wenig von oben herab zu sagen, aber im Grunde war er so erfreut über die Begegnung, daß er schmunzelnd den Mund breit zog. „Er stich sich unternehmend den Schnurrbart.“ „Zeitig erfreut!“

„Es et waohr?“ fragte sie freudig. Die Häuser tanzten vor ihren Augen einen wiegenden Balzer, ihr Herz klopfte kindischer Oskeligkeit — den hatte ihr die Jungfrau Maria geschickt!

Sie waren bald einig. Der schöne Gendarm hatte in Eile heim gekramert, dem Gendarm, etwas zu tun gehabt; das sagte er aber nicht, er behauptete, einzig und allein nur gekommen zu sein. „Schöne Zeit zum Tanz abzuholen. Nun wollte er auf sie warten, unten am Berg, wo das Fußfällchen.“

(Fortsetzung folgt.)

*) Heiligenbuschen

pflichtet fühlen. Betagt, sehr leicht, kann es daher gesehen, daß die nächsten Wahlen diese schwächliche liberale Mehrheit unterwerfen, und Breslau der Herrschaft der Junker und Pfaffenossen auch in aller Form unterwerfen werden. Verhindert kann das nur werden, wenn die sozialdemokratische Arbeiterkraft auf dem Platze und sich die Stellung erobert, die ihr längst zukommt, so weit das das jämmerliche Wahlrecht eben zuläßt.

Aber nicht um dem einen edlen bürgerlichen Bruder gegen den anderen zu helfen, diesen gegen jenen zu schützen, stehen wir in den Wahlkampf. Die Weiden sind längst einander würdig und kein denkender Arbeiter kann dem bestimmeten Liberalismus auch nur noch den Schatten einer Sympathie entgegenbringen. Nein, um ihrer selbst willen nimmt die Sozialdemokratie diesen Kampf auf. Vertreten Liberale wie Konserbativ-Merkale engbegrenzte materielle Interessen, so stellt die Sozialdemokratie den Menschen in den Mittelpunkt ihrer Politik, ihres Kampfes, auch in der Gemeinde. In diesem Sinne ist das Wort Solidum zu verstehen, das wir unserer Betrachtung vorkaufstellten. Möge jeder Parteigenosse mit vollen Kräften an dieser schönen Aufgabe mitarbeiten!

Politische Uebersicht.

„Unabsehbare Konsequenzen?“

Die Veröffentlichung der Memoiren des kaiserlichen Erbprinzen hat die lebhafteste Entrüstung hervorgebracht. Berliner Blätter vom Dienstag Morgen wüthten auf Grund einer Depesche aus Prag von einem Telegramm des Kaisers an den Ober des Hauses Hohenzollern, den Prinzen Philipp auf Bohlebrad, zu berichten, in dem von „unabsehbaren Konsequenzen“ die Rede sein sollte, die diese Veröffentlichung nach sich ziehen könnte. Am Dienstag Abend aber erklärte die „Nordd. Allgem. Zeitung“ den Prager Bericht für ungenau und gab das Entrüstungstelegramm an den Prinzen Philipp in folgender Form wieder:

„Lese soeben mit Erstaunen und Entrüstung die Veröffentlichung der intimen Privatgespräche zwischen Deinem Vater und mir, den König des kaiserlichen Reiches betreffend. Wie konnte es geschehen, daß dergleichen Material der Öffentlichkeit übergeben werden konnte, ohne zuvor meine Erlaubnis eingeholt zu haben? Ich muß dieses Vorgehen als in höchstem Grade unfassbar, unbillig und völlig inopportun bezeichnen, da es unerbittlich ist, daß Vorgänge, die den arglistig regierenden Sowverän betreffen, ohne seine Genehmigung veröffentlicht werden.“

Es ist keine ungewöhnliche Erscheinung mehr, daß Kaiserreden und Kaisertelegramme der Öffentlichkeit in zwei verschiedenen Fassungen unterbreitet werden, von denen die eine etwas mehr, die andere etwas weniger diplomatisch gehalten zu sein pflegt. Es wird aber auch diesmal ähnlich geschehen, wie in vielen anderen Fällen: gleich nachträglich demontiert, wird das in die Öffentlichkeit geschleuderte Wort von den „unabsehbaren Konsequenzen“ haken bleiben und die Frage heraufbesuchen, in welcher Richtung denn die gefährlichen „unabsehbaren Konsequenzen“ zu suchen seien.

Somit es sich um eine zwischen den Häusern Hohenzollern und Hohenzollern schwebende Familienangelegenheit handelt, sind die Konsequenzen durchaus absehbar. Prinz Philipp hat dem Kaiser telegraphisch mitgeteilt, daß nicht er, sondern sein Bruder Alexander mit Hilfe des Prof. Curtius-Strasburg die Memoiren veröffentlicht habe. Er, Prinz Philipp, begehrt die Entrüstung des Kaisers durchaus. Der Herr von Bohlebrad stellt also das Fallentrecht über die Brandstiftung und hat jetzt das Verhängnis, in den bürgerlichen Zeitungen die gemüthliche Bemerkung lesen zu können, daß die Geschichte dem Prinzen Alexander, der im Elsaß Bezirkspräsident ist, „den Hals kosten“ werde. Aber das sind familiäre Konsequenzen, die die Öffentlichkeit wenig interessieren.

Eine andere Konsequenz der Hohenzollernschen Veröffentlichung ist schon weniger absehbar. Bismarck ist in den Denkwürdigkeiten des dritten Kanzlers recht liberal vorgekommen; er erscheint hier als diplomatischer Kämpfer, wenn auch nicht in der Tat, so doch in der Absicht als solcher, kalt berechnender Massenmörder des eigenen Volkes. Werden die Freunde des Kaisers nicht mit Gegenveröffentlichungen antworten? Wird der langst verlaufene und verfallene dritte Band der Bismarckschen „Gedanken und Erinnerungen“ zum nicht am Ende eines Tages auf der Bildfläche erscheinen und neue Aufregung hervorrufen, die sich diesmal nicht gegen den jährlich verabschiedeten „treuen Diener“ und „Höflichen“ sondern gegen die „Nationalzeitung“ richten wird? Darüber berührt uns eine „Mitteilung“ der „Nationalzeitung“, wonach Herr Herbert Bismarck testamentarische Bestimmungen getroffen haben soll, die eine Veröffentlichung der Memoiren seines Vaters gänzlich ausschließen. Die Veröffentlichung des gemeinsamen dritten Bandes sei aber die Kaiserin Herzogin Dismarck, die ohnehin „aus Rücksicht auf die Zukunft ihrer Kinder“ schwerlich zur Veröffentlichung stimmen würde. Wenn der Inhalt dieses dritten Bandes so großen Hohn erregen würde, daß dadurch sogar die Zukunft der unermüdeten und unerschütterlichen Bismarckens gefährdet werden könnte, so dürfte seine Veröffentlichung wohl auch nach anderer Seite hin „unabsehbare Konsequenzen“ nach sich ziehen können. Jedes ja nach der „Nationalzeitung“ diese Konsequenzen vorläufig nicht zu erwarten.

Die bürgerliche Presse sucht die „unabsehbaren Konsequenzen“ der Hohenzollernschen Denkwürdigkeiten vornehmlich in der Richtung der Diplomatie. Wie aus diesen Denkwürdigkeiten hervorgeht, wollte Bismarck, dessen diplomatischer Kämpfervertrug mit dem Kaiser ja hinlänglich bekannt ist, den österreichischen Bundesgenossen direkt an Rußland vertragen. Er forderte die Neutralität Deutschlands im Falle einer militärischen Begegnung Bulgariens mit Rußland, wozu er seine Reichsregierung zu bewegen suchte. Auf der anderen Seite behauptete aber der Kaiser demnach dem Kaiser öffentlich eine außerordentliche Freundschaft, deren Maß (oder deren Offenbarkeit?) Bismarck zu groß erschien. Vielleicht kann man also in Petersburg genauere Auskunft darüber erhalten, warum die inbisherigen, letzten und inopportunen Entschlüsse des oberirdischen Reichspräsidenten „unabsehbare Konsequenzen“ nach sich ziehen sollen.

Schließlich haben natürlich auch die „Untertanen“, die in den Denkwürdigkeiten des Erbprinzen in so eigenartiger Weise berührt werden, aus ihrer Veröffentlichung ihre Konsequenzen zu ziehen. Wenn sie von — Todschüssen und Todschüssen nicht gerne hören, haben sie doch zu ihrer hohen Befriedigung erfahren, daß zunächst erst der Versuch gemacht werden soll, die berechtigten Forderungen der Arbeiter zu erfüllen. Schreiben und jenseitigen Jahre verfloßen, also eine Zeit, die zur Vorbereitung reichlich genügt, und nach deren Ablauf doch wohl — wir wollen uns bescheiden ausdrücken — mit dem Beginn dieses Jahres der Anfang gemacht werden konnte. Wäre der gesetzliche Arbeiterkampf, Freiheit des Vereins- und Kooperationswesens, Demokratisierung aller öffentlichen Einrichtungen, insbesondere des unfruchtlichen und verfallenen preussischen Landtagsabstimmungs, das sind Arbeiterforderungen, die man wohl für „berechtigt“ halten darf, ohne deswegen ein roter Ungehöriger und vaterlandloser Geistes zu müssen.

Wäre das Proletariat Preußen-Deutschlands unter Berufung auf jene Kaiserparole heute oder morgen sich erheben mit dem unheimlichen Verlangen, daß seine berechtigten Forderungen erfüllt werden sollten, dann würden die Konsequenzen der letzten, inbisherigen Veröffentlichung in der Tat „unabsehbar“ sein!

Ein neuer Kolonialskandal

ist aus der Affäre des zur Anzeige gebrachten Bezirksamtmanns Dr. Kerling in Solade (Lago) geworden. Der „Germania“ wird darüber geschrieben:

Herr Wistuba reichte am 3. Oktober eine Anzeige gegen den Bezirksamtmann Dr. Kerling wegen schwerer Vergehen in Lago ein, und schon am Freitag Abend konnte man in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ lesen, daß die behauptete vorzeitige Rückkehr des Dr. Kerling, welcher seine Absicht bei der Wornmann-Expedition in Berlin (Lippels-Expedition u. Co.) bereits bestellte, vorkauflich zu unterbleiben habe. Auffällig, weil ungewöhnlich, ist, daß die gestrige offizielle Notiz gleichzeitig einen Ausfall gegen denjenigen Beamten enthält, dem es mit zu danken ist, daß die zum Schaden des deutschen Vaterlandes in den Kolonien grassierenden Mißstände endlich aufgedeckt werden. Es ist doch sonst nicht üblich, daß eine Behörde öffentlich davon Kenntnis gibt, daß gegen einen Beamten ein Disziplinarverfahren schwebt. Da dies aber geschehen, so sei darauf hingewiesen, daß wohl kaum je einer Behörde ein Disziplinarverfahren so unbehaglich gewesen sein dürfte, als das gegen Herrn Wistuba eingeleitete. Dieser Beamte kam am 1. August 1904 aus Lago nach Deutschland zurück und hat seit dieser Zeit seinen Dienst mehr geleistet. Man gab ihm ohne seinen Antrag Urlaub bis zum 1. Dezember 1905 mit vollem Gehalt, ja man gewährte ihm sogar im Juni 1905 eine Gehalts- und Pensionserhöhung, obgleich der der Anstellung vorkauflich bekannt gewesen ist. Von maßgebender Stelle wurde ein angelegener parlamentarischer Antrag gegen Herrn Wistuba gestellt, doch seinen wirkungsvollen Einfluß auf Herrn Wistuba geltend zu machen, daß er sich wieder beruhigt. Von der ausschlaggebenden Stelle des Reiches wurde sodann die Verfügung rückgängig gemacht, durch die das Disziplinarverfahren von der zuständigen obersten Reichsbehörde bereits der Disziplinarkammer überwiesen war, ein Vorgang, der vom juristischen Standpunkt aus nicht verstanden werden und daher die Öffentlichkeit genügend aufklären dürfte.

Wir sind, schreibt dazu die „Freistimmige Zeitung“, in der Lage, die Richtigkeit dieser Angaben in vollem Umfange zu bestätigen. Gegen Herrn Wistuba wäre bis auf den heutigen Tag nicht das geringste unternommen worden — trotzdem man ihn zuerst bestrafen und aus dem Kolonialdienst entlassen wollte, was man nachher sogar geneigt, Herrn Wistuba, um ihn nur zu beruhigen, zum Bezirksamtmann zu befördern — wenn sich nicht herausgestellt hätte, daß er zu dem bekannten Herrn Boeplau in Beziehung stand, und gleich diesem durch Vorstellungen an die Behörden eine Befestigung der Mißstände in der Kolonialverwaltung erzielen wollte. Kolonialdirektor Dr. Schöbel hatte dem in der obigen Notiz der „Germania“ erwähnten parlamentarischen Antrag, der die Absicht Wistubas durchaus billigte, weil er von großen Mißständen im Bereich der Kolonialverwaltung von den verschiedensten Seiten Kenntnis erhalten hatte, folgendermaßen geschrieben: „Bei dieser Sachlage“ — nämlich weil Herr Wistuba sein Material mit dem des Herrn Boeplau ausgetauscht und gleich dem letzteren die Unterfertigung eines Abgesandten in Anspruch genommen hatte — wird man nicht umhin können, das förmliche Disziplinarverfahren gegen Wistuba in Erwägung zu ziehen. Es kommt hierbei in Betracht, daß wenn nicht gegen Wistuba auf dem Wege des Disziplinarverfahrens eingeschritten wird, sich Boeplau nicht ohne Grund auch hierauf berufen könnte, wie er in einem Schriftsatz bereits angedeutet hat.“

Wie die „Frei.“ Zeitung hört, beabsichtigten die Herren Wistuba und Boeplau nunmehr ihr gesamtes, in der Öffentlichkeit noch lange nicht vollständig bekanntes Material, insonderheit auch sämtliche unerledigt gebliebenen Eingaben an den Reichskanzler, dem Reichstage auf dem Petitionsweg zur Kenntnis und Prüfung zu unterbreiten.

Es ist erreicht!

Das Zentrum sieht soeben all seine Bemühungen gekrönt und herrlich belohnt. Folgende Notiz macht nämlich die Kunde durch die Presse:

Nach einer der „Germania“ aus parlamentarischen Kreisen zugehenden Zuschrift hat „vor nicht allzu langer Zeit der erste Beamte des Reiches zum Kaiser den Satz gesprochen, daß man sich auf das Zentrum verlassen könne.“

Die Sozialdemokratie ist also durchaus auf dem richtigen Wege, wenn sie die Politik des Zentrums, die jetzt sogar die Zustimmung der Junkerregierung findet, als gemeingefährlich, volksfeindlich und verräterisch bekämpft.

Unersättlichkeit der Schwarzen.

In Köln wurde jüngst eine neue katholische Kirche, die Michaelskirche eingeweiht. Bei dieser Gelegenheit hielt der Kardinal Erzbischof Fischer eine Rede, in der es heißt: „Auch unter Kaiser und König steht mit unserer Kirche in engster Beziehung, wenn auch nicht direkt... Es freut mich, aussprechen zu können, daß die Staatsregierung es versteht, uns immer entgegenzukommen, wenn es gilt, neue Kirchen zu bauen, besonders in den bedröhten industriellen Gegenden. Und das unter einem Kaiser, der durchdrungen ist von der hohen Bedeutung der Religion für Staat und Gemeinde, der ein warmes Herz hat für alle Untertanen, namentlich für die unseres katholischen Bekenntnisses.“

„Namentlich“ ist sehr bezeichnend! Und trotz alledem ist die Gegenliebe von Rom so überaus schwach und gezwungen. Jüngst hat das Organ des Vatikan, die „Vera Roma“, seine wahre Meinung offen ausgesprochen. Es lobt zunächst den patriotischen Widerstand der Elsaß-Lotharinger gegen die „Germanisierungspolitik des Zentrums“ und schreibt weiter:

„Im übrigen ist der Papst nicht ein Vasall Kaiser Wilhelms. Man darf sogar behaupten, daß Pius X. keine sehr lebhafte Sympathie für diesen kaiserlichen Fürsten hat, der trotz seiner hohen Lehramtsstellungen an die Adresse der Katholiken seines Reiches noch heute die Polen verfolgt, nur weil sie sich in ihrer Muttersprache zu beten wagen, und der bei und dort in Deutschland noch Ueberreste des Kulturkampfes bestehen läßt.“

Also trotz Lachen, Maria-Lachen, Monte Cassino und all den anderen Klosterbesuchen und glücklichen Kaiserreden, trotz der Begünstigung des Zentrums und des Klerus, allerorten hat dieser „leberliche Fürst“ noch nicht genug getan für Rom! Wahrlich, die Kirche hat einen guten Magen!

Nachdrücklich führt die vatikanische „Vera Roma“ ihren Ausfall gegen den Deutschen Kaiser auf ein Versehen beim Druck ihres Blattes zurück. Allein die vielen anderen Blätter, die ihn übernommen, stimmen seinem Jubel voll und ganz bei.

Verbotene Fleischzufuhr.

Die „Deutsche Tageszeitung“ teilt mit, daß es den deutschen Seeschiffen gestattet werde, sich in deutschen Häfen mit ausländischem Fleisch zu verproviantieren, das nicht einmal der Verzollung unterliege. Auch die Reichsmarine soll in Kiel solches aus dem Auslande eingeführte Fleisch zur Verköstigung der Seeleute an Bord verwenden, und diese Fleischwaren sollen nicht einmal durch das Auslands-Fleischbeschauamt auf ihre Brauchbarkeit geprüft werden.

Das Agrarierorgan ist natürlich über solche Bevorzugung der Reeder- und fiskalischen Interessen vor den agrarischen sehr entrüstet. Lehrreich ist aber die Geschichte auch für die Arbeiter. Ihnen wird das Auslandsfleisch angeblich aus gesundheitlichen Gründen vorenthalten; das ist gut für den agrarischen Deutel. Für die Proletarier der Marine aber ist Auslandsfleisch sehr zuträglich, denn es ist gut für den Deutel der Reeder und des Fiskus. Bedarf es eines deutlicheren Beweises, daß gesundheitliche Interessen bloß vorgeschützt werden, um Profitinteressen zu verbergen?

Zur Nachahmung empfohlen.

Die Frankfurter Stadtverordneten nahmen, wie uns von dort telegraphisch wird, einstimmig einen Antrag an, durch den der Magistrat ersucht wird, bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß die Fleischnot möglichst gemildert werde. Oberbürgermeister Widder erklärte, der Magistrat sei bereit, in einer Eingabe an die Regierung darzulegen, wie schwer weite Kreise durch die Fleischnot betroffen würden.

Verurteilte Russen.

Aus Chemnitz wird uns telegraphisch gemeldet: Die hiesige Strafkammer verurteilte gestern wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, Hausfriedensbruchs, groben Unfugs und Verhöhnung des russischen Kaiserthums sowie acht andere russische Studenten des Mitweidener Lehrniums zu je einem Monat Gefängnis.

Was man verfahren läßt. Ein betauerliches Beispiel der Schädigung, die amtlicher Bureaucratismus einer geordneten Rechtspflege anzufügen vermag, bietet das Schicksal der Anzeige eines Berliner Handlungsgehilfen-Verbandes gegen eine Firma wegen verschiedener Uebertretungen der Sonntagsruhe, Ladenschlußbestimmungen usw. Die Anzeige war am 10. Mai d. J. erstattet worden. Daraufhin wurde dem Gehilfenverband dieser Tage folgender Bescheid vom Ersten Staatsanwalt:

„Die in Frage kommenden Akten sind seitens des Herrn Polizeipräsidenten zur Weiterverfolgung Anfang August erst hieher eingelangt. Da die der Firma... hier Ihre bereits vorgenommene Vergehen gegen die Gewerbeordnung sich auf die Zeit vom Februar bis Ende April d. J. erstrecken, so war bei Eingang der Akten hier bereits Verjährung eingetreten. Ich habe das Verfahren daher eingestellt.“

Der Unfug, daß das Polizeipräsidium zur Bearbeitung der Anzeige drei Monate gebraucht hat, hat so dazu geführt, daß die angezeigten Vergehen verjährig sind und ein liebreizender strafrechtlicher Bestimmungen seiner Bestrafung entgeht. Die betreffende Firma wird ob dieses Verlaufes der Sache nicht böse sein...

Der Krieg und sein Ende! Aus unseren herrlichen Kolonien wird gemeldet:

Die Holentottenbanden in Südwestafrika haben wieder Zusug erhalten und gehen vielfach zu Angriffen vor, deren Zurückweisung der deutschen Truppen nicht unerhebliche Verluste gekostet hat.

Eine weitere Meldung besagt: Bei einer Reihe von Gefechten gegen Holentottenbanden in Südwestafrika sind auf deutscher Seite 18 Mann gefallen, 11 wurden verwundet.

Sie wollen die Wahrheit nicht hören. Die „Tägliche Rundschau“ glossiert jorrig einen Artikel des Genossen Meisinger in der „Neuen Zeit“, der eine treffliche Betrachtung über sozialdemokratische Parteitaktik enthält. Inzwischen wird in diesem Artikel Meisingers die namentlich von ausländischen Genossen gehegte Meinung erörtert, die Sozialdemokratie in Deutschland sei trotz ihrer numerischen Stärke ohnmächtig. Oft höre man im Auslande von Sozialisten: Ihre feindliche Arbeiterpartei, habt einen kolossalen Anhang von Wählern, große Organisationen, reiche Mittel; aber was richtet ihr nun eigentlich praktisch aus? In anderen Staaten haben viel kleinere Arbeiterparteien positive Erfolge durchgesetzt, die Euch so gut wie ganz fehlen. Nicht einmal eine so torpide und überlebte Partei, wie das Klassen-Wahlrecht, vermagt ihr aus der Welt zu schaffen. Aber das seien, so meint Meisinger, unverständliche Ansichten. Von einer Ohnmacht der deutschen Sozialdemokratie könne nicht gesprochen werden. Teilerfolge, wie sie kleinere Arbeiterparteien in anderen Ländern noch zu erreichen vermöchten, seien in Deutschland unmöglich, nicht weil die Sozialdemokratie ohnmächtig, sondern weil sie zu mächtig sei. Die reaktionäre Masse sei in Deutschland, soweit sie es vermöge, ionollbiert und mache der Sozialdemokratie aus sittern der Angst jeden Schritt Boden freitig. Die angebliche Ohnmacht der Sozialdemokratie sei also aus frohender Kraft geboren.

Das nennt die „Tägliche Rundschau“ jorrig! Und daß man gar Wibel auf der Frauen-Konferenz in Mannheim gesagt hat:

„Ich behaupte geradezu, daß es im ganzen Deutschen Reich keine mächtigere Partei gibt, als die Sozialdemokratie, die unser ganzes politisches Leben in ihrem und im äußeren beherrscht, macht das Blatt so wütend, daß es der Sozialdemokratie unterstellt, sie wolle mit solchen Worten nur „den künftigen Eindruck von Mannheim“ vertuschen. Wie doch die Wahrheit verpönt ist!

Wie sie sich verhalten. Die von der asiatischen „Sindierzeitung“ demnachst zurückgebrachten parlamentarischen Verhandlungen — darauf kann man schon heute wetten — die probatigsten „Erfahrungen gemacht“ haben und sich als „genauere Kenner der fernsten Länder“ ausgeben, die sie im Fluge berührt haben. Ohne Frage hat ihnen die Reise so auch Gelegenheit gegeben, dies und jenes zu sehen; aber nicht einmal die oberflächlichsten Betrachtungen scheinen sie sich durchzuden unterzogen zu haben. Wenigstens enthält die „Frei. Zig.“ einem Privatbriefe aus Colombo auf Ceylon, daß dort gerade das Studium der deutschen Interessen von den unter Führung Dr. Arndts stehenden Reichstagsabgeordneten wenig eingehend gepflogen worden ist. Es war ihnen wohl etwas zu heiß, meint der Briefschreiber, alle die deutschen Fabriken und Großbetriebe dort sich etwas anzusehen, während sie doch Gelegenheit gehabt hätten, zu schauen und zu fassen. Statt dessen haben sie eine Fahrt längs der Küste gemacht, angenehmer, bequemer „Reisevertrieb“. — So zeigt sich die Unfähigkeit der Herren, die dann in Kolonial- und Flottenfragen und in Angelegenheiten der Weltmacht-politik das große Wort führen.

Keine politische Nachrichten.

Die für Kamerun bestimmte Abfindung in Stärke von 116 Mann hat von Wilhelmshaven aus die Ausreise mit dem Kreuzer „Eber“ angetreten. — Der württembergische Landtag ist zu einer kurzen Schlussession, die voraussichtlich nur eine Woche dauern wird, auf den 16. Oktober einberufen. Anfang Dezember werden sodann die Neuwahlen stattfinden. — Pöbelstolz läßt in seinem Reichthum erkennen, daß er sich nicht frust läßt. — Die Vorarbeiten zu dem Kaiserprojekt der Ge-

wetterung und Gerabeführung des Nordseeanals haben, wie uns aus Kiel gemeldet wird, begonnen. Der Reichs- und Landtagsabgeordnete Landgerichtsrat Müller-Meinungen ist auf sein Ersuchen in gleicher Eigenschaft nach München verlegt worden. In den norddeutschen Verfassungshäusern, hielten die Anhänger der dänischen Proletariat, erhalten schulpflichtige Kinder zum Unterricht. Der Landrat des Kreises Sabersleben verlangt jetzt von den hiesigen Urgerichten die Einholung der Genehmigung des Kreisrichters. Das Blatt „Helmolt“ kündigt ihre Weigerung an, diesem Verlangen nachzukommen. Der polnische Schulstreik ist nach Westpreußen übergegriffen. Bei der Reiterung in Marienthale laufen fortgesetzt Proteste polnischer Eltern gegen den Gebrauch der deutschen Sprache bei der Erteilung des Religionsunterrichts ein. Fast alle diese mit Massenunterschriften bedeckten Eingaben haben den gleichen Wortlaut und enthalten die Versicherung, daß die Einsender ihren Kindern das deutsche Bekenntnis unterzogen haben. Einiges Aufsehen wurde durch die vom Präsidenten der Sonderkammer in Daber gemachte Mitteilung erregt, die englische Regierung werde in der Herbstsession ein Handelsministerium errichten. — Noubier wurde in Nizza mit 25 von 26 abgegebenen Stimmen zum Vorsitzenden des Generalkongresses gewählt. Noubier erklärte, daß die republikanische Mehrheit sich vergrößert habe und zu hoffen sei, daß das Trennungsgesetz und die Finanzreform möglichst schnell zur Durchführung gelangen werden. — Der Papst wird demnächst ein Dekret veröffentlicht als Antwort auf die Reben der französischen Minister über das Trennungsgesetz.

Ausland.

Darum die russische Zensur in Norwegen. Wir berichten kürzlich von der Konfiskation russischer Schriften, die in der Druckerei des sozialdemokratischen Organes „Himant“ in Bard hergestellt worden waren und die durchaus keinen anarcho-sowjetischen oder irgendwelchen Gewalttaten aufreizenden Inhalt hatten, sondern selbst von der norwegischen Regierung als „sozialistische“ bezeichnet wurden. Auf Anfrage des „Sozialdemokratischen“ Redakteurs, erklärte der russische Minister Rothner u. a.: Die Untersuchung in der Zensurarbeit habe schon vor 8 Monaten begonnen, und wenn die Konfiskation erst jetzt erfolgte, so habe das seinen Grund darin, daß die Uebersetzung der Schriften so lange Zeit in Anspruch genommen habe.

Diese Behauptung hat zweifellos nur den Zweck gehabt, den wahren Grund zu verschleiern, der dadurch offenbar wurde, daß Mitte voriger Woche die russischen Jarensschiffe in Bard eintrafen. Der russische Konsul begab sich sofort an Bord und konnte wohl die erfreuliche Mitteilung machen, daß die norwegische Regierung den Befehlen der russischen Regierung bereitwilligst Genüge getan hatte, so daß die Jarenmatrosen vor jeder „Verhaftung“ mit ausreichenden Schriften bewahrt bleiben konnten. Die norwegische Regierung wird jedenfalls noch im Störching für ihre der gesetzlich garantierten Pressefreiheit hohnsprechende Maßregel zur Verantwortung gezogen werden.

Wenn das nicht zieht... Aus Wien wird gemeldet: Bei der seitigen Einweisung des neuen Justizpalastes in Cecenowig mußten, um Meinungsverschiedenheiten zu beseitigen, fünf religiöse Akte vorgenommen werden, durch die griechisch-orientalische, durch die römisch-griechisch-orientalische, durch die römisch-katholische Geistlichkeit, durch den evangelischen Pastor und durch den Oberabbat. — Donnerwetter, muß da das Recht sprechen Segen bringen!

Die Schraube ohne Ende. Aus Sofia wird gemeldet: Es verlanzt, die bulgarische Exekutiveverwaltung beabsichtigt für das nächste Jahr die Erhöhung des lebenden Exzesses um zehn Regimenter. Zu diesem Zwecke sollen in das nächste Budget des Kriegsministeriums etwa 10 Millionen Francs mehr eingestellt werden. — Ein neuer Grund für die deutschen Militärsanktionen, auch überseits wieder nach „Mehr“ zu schreiben. Ohne Ende!

Ganz anders wie in Deutschland. Aus Dänemark wird uns geschrieben: Im dänischen Staatshaushalt macht sich in den letzten Jahren ein Aufschwung geltend, der hauptsächlich auf einer anbauenden Steigerung der Einnahmen aus Zöllen und anderen indirekten Steuern beruht. Auch im laufenden Finanzjahr sind die Staatseinnahmen wiederum bedeutend höher als in vorigen. Sie betragen in der ersten Hälfte des Finanzjahres 1906 (April bis September), die Aufwandsvergrößerungen abgerechnet, 26,176,000 Kronen gegen 24,261,000 Kronen im selben Zeitraum des vorigen Jahres. Unter diesen Umständen ist es leicht begreiflich, daß der Finanzminister Lassen dem Reichstag eine Zollreform vorklagen konnte, die, neben der Aufhebung einiger Zölle und der Herabsetzung anderer, auch verschiedene Zollbefreiungen bringt, so daß die Einnahme für den Staat im ganzen Jahre nur etwa 2 Millionen betragen wird. Die „Gefahr“, daß die wohlhabenden Leute vielleicht durch Erhöhung der direkten Steuern zur Deckung des Ausfalls herangezogen werden, ist also gänzlich ausgeschlossen.

Verkauflichung der englischen Bahnen? Das liberale Kabinett Campbell-Bannerman soll sich mit der Absicht tragen, eine Eisenbahnverstaatlichung einzuleiten. Im Jahre 1905 betrug das in Eisenbahnunternehmungen des vereinigten Königreiches investierte Kapital rund 25 Milliarden Mark.

Neue Kämpfe in Ägypten. In dem französischen Kolonialstaate Ägypten wird uns gemeldet: Am 8. Oktober wurden zehn Gendarmen, an deren Spitze sich der Gendarmenleutnant Dubel-Verdi befand von Mitgliedern einer arabischen Sekte, welche 1000 Köpfe zählt, angegriffen; sechs Gendarmen wurden verwundet, darunter einer schwer. Die Gendarmen verteidigten sich mit ihren Säbeln und Revolvern. Bisher steht noch nicht fest, wie viel von den Arabern getötet wurden. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Koloniale Gewalt. Die „Daily Tribune“ in London bringt haarsträubende Mitteilungen und Enthüllungen über die Art und Weise, wie die ausländischen Eingeborenen in Natal behandelt worden sind. Nachdem der Aufstand unterdrückt worden war, brachten in vielen Provinzen eine wahre Hungersnot und es wäre Pflicht der Behörden gewesen, dafür Sorge zu tragen, daß den Hungers-Geplagten geholfen werde. Nach den Angaben der „Tribune“ unterließen es die Behörden, ihre Pflicht zu erfüllen, so daß viele Eingeborene tatsächlich verhungerten. Die Leiden verhungertes Natal blieben angeblich auf den Straßen und auf den Feldern liegen und wurden photographiert. Die Bilder zeigen entsetzliche Verhältnisse, die von Hyänen und Raubvögeln den Leiden beigebracht wurden. Gegen diese Angriffe des rassistischen Organs verteidigten sich die Behörden in Natal, indem sie sagen, daß die Vorwürfe unberechtigt seien.

China beschwert sich. Die chinesische Regierung hat beim internationalen Telegraphen-Bureau Beschwerde darüber erhoben, daß Japan immer noch die Kontrolle über den mandchurischen Telegraphenbetrieb ausübt. Ferner beschwert sich, wie aus Peking gemeldet wird, China über die andauernde Verletzung der mandchurischen Eisenbahnen durch Japan.

Was ist Sozialismus? Bei seiner Reise nach seinem Heimatort Chantonnay ließ sich Clemenceau in folgender Weise über den Sozialismus aus: Der Sozialismus ist nicht ein Dogma, das fast einer einfachen Formel die Verhältnisse des menschlichen Lebens zu verändern vermag. Er wird das sein, was die französischen Landwirte wünschen, wenn sie bilden die Majorität der französischen Bevölkerung. Er wird bis in die Tat umgesetzte soziale Gerechtigkeit sein, und zwar in dem Maße, in dem seine Reformen dem zeitigen Stand der

Zeit und den konstanten Bedürfnissen unserer Stadt- und Landbevölkerung entsprechen. Man lasse sich also nicht durch vorläufige Verallgemeinerungen, durch „Maltasse“, die doch sofort wieder unterdrückt werden, beirren. Die soziale Frage wird in allen Ländern der Welt gestellt und wir sehen nicht, daß die Autokratie sie leichter löse, als irgend eine freiheitlich gestimmte Regierung. Da die Franzosen ihre eigenen Herren sind, so werden sie auch verstehen, ihre Mission zu erfüllen. — Es ist doch gut, daß berartige Definitionen uns von „berufener“ Seite gegeben werden!

Die Frauenfrage in Japan. Die Japaner sind der Ansicht, daß die westliche Zivilisation die japanische Frauenfrage ungünstig beeinflusst. Die Japanerin hatte immer eine hohe Stellung, sie wurde nie im Kriege geraubt oder mißbraucht. Sie hat heute nicht mehr so viele Freiheiten, wie früher, ist aber doch so unbedingt Hausherrin, daß der Mann ihr alles Geld, das er einnimmt, übergibt, und sich von ihr ein kleines Taschengeld ausbitten läßt. Die vornehmen Frauen haben ihre geselligen, philantropischen und literarischen Klubs. Sie sind die hauptsächlichsten Konversationen der einheimischen Literatur, sie dürfen jede Berufsarbeit wählen und gewisse Stoege der Medizin wurden früher niemals von Männern betrieben. Es gibt sogar Priesterinnen, die Präsidenten der von ihnen geleiteten Sektensind. Nach vor 40 Jahren zogen Frauen mit in den Krieg, später wurde das verboten. Früher waren die Frauen auch berechtigt, den Thron zu bestiegen, heute nicht mehr, und der Kapitalismus hat ihnen verschiedene Gebiete der hauswirtschaftlichen Tätigkeit entzogen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 10. Oktober.

Die Wahlkampagne

wurde gestern mit einer leblich gut besuchten Versammlung im „Deutschen Kronprinzen“ eröffnet. Genosse Hirsch aus Charlottenburg sprach über die Bedeutung der Stadtverordneten-Wahlen für die Sozialdemokratie.

Auch heute Abend findet im „Bergkeller“ noch eine zweite

Vollversammlung

statt, in der Genosse Hirsch über dasselbe Thema referieren wird. Vor allem die Genossen des 28. Wahlbezirks haben die Pflicht, in dieser Versammlung vollzählig zu erscheinen.

Zur Milderung der Fleischnot bezieht der hiesige Konsum-Verein von jetzt ab allwöchentlich große Mengen lebendfrischer Seeische in Eispackung vom Nordseeanale. Die Einkaufspreise solcher Fische richten sich hauptsächlich nach dem Ausfall des Fanges; sie schwanken daher sehr und werden in öffentlicher Auktion festgesetzt. Täglich gehen mehrere — in der Hochsaison sogar bis zehn — Ertragslose vom Strande ab, die nur Seeische geladen haben. Die Bahndirektionen beschränken diese in eigens hierzu konstruierten Waggons als Eilgut zu dem niedrigsten Satze für gewöhnliche Bahnanwendungen, so daß die Fische, die in sorgfältiger Verpackung mit gemachtem Eis abgehen, in ihrer Beschaffenheit, selbst bei größeren Entfernungen wie Budapest u. a., keine Einbuße erleiden. Den in unserer Stadt Breslau verhältnismäßig noch geringen Verbrauch in frischen Seeischen hofft die Vereinsverwaltung zu heben durch den Bezug bester Sorten, Festsetzung niedriger Verkaufspreise und Befreiung von Steuern für die billigste und schmackhafteste Zubereitung der Fische. Sie eröffnet den Fischbetrieb in folgenden vier Spezial-Verkaufsstellen: Friedrich-Wilhelmstraße 11 (Ede Nachplatz), Sonnenstraße 18 (Ede Sonnenplatz), Klockstraße 30:32 (nahe der Mauritiusstraße) und Kreuzstraße 30 (dem Berensbau). und zwar am Donnerstag, den 11. d. Mts., Nachmittags 2 Uhr. Nichtmitglieder dürfen die Verkaufsräume nicht betreten, während Vereinsmitglieder ihre Legitimationskarte zur Vorzeigung berechtigt halten müssen. — Die Verwaltung des Konsumvereins scheint immer noch nicht zu wissen, daß ein großer Teil ihrer Mitglieder die „Vollmacht“ und zwar nur die „Vollmacht“ lesen. Denn die Verwaltung hält es immer noch nicht für nötig, derartige alle Mitglieder interessierende Mitteilungen auch durch die „Vollmacht“ zu veröffentlichen. Es wird nachgerade doch an der Zeit, daß die organisierten Arbeiter endlich auch einmal mehr um den Konsumverein sich kümmern und in die Wirtschaft einmal gehörig dazuwirkensuchen.

Der Krähentwald auf dem Kiefernberge bei Ransern ist dem Untergange geweiht. Die städtische Forstverwaltung hat beschlossen, ihn niederzuschlagen. Mit Recht schreibt man der „Schlesischen Zeitung“, daß diese Nachricht in einem großen Teile des Breslauer Publikums Hoffschäkel und Protest erregen wird; denn gerade der Krähentwald ist seit langen Jahren ein beliebter Ausflugsort. Von der Schwedenschanze aus gesehen, bietet er den wirksamsten Hintergrund für die freundliche Wiesenlandschaft bei Ostrow. Einige Bäume sind krank, diese müssen fallen, das soll nicht bestritten werden. Aber wo bleibt die Ethik des Waldes, von der jetzt so viel gesprochen und gesprochen wird, wenn man den einzigen hohen Kiefernwald in Breslauer Umgebung einfach einschlagen will. Materielle Interessen können dabei nicht ausschlaggebend sein, denn mit sehr großen Kosten legt die Stadt neue Wälder in Rosel und Beerbeut an. Das wird man gewiß nicht tadeln; denn eine Stadt wie Breslau braucht Wald, viel Wald zur Gesundung ihrer Bewohner. Aber diese neuen Wälder werden erst den künftigen Geschlechtern zur größten Wohltat dienen; warum sollen wir, die Lebenden, nicht auch einen fertigen, ausgewachsenen, hohen Wald haben? Leider viel zu spät ist der Ostrowiger Wald aus der Verwaltung der Forsten in die der Promenaden gelangt. Soll mit dem Ranserner Walde dasselbe geschehen? Sollen auch hier erst die schönsten Bäume und Waldpartien eingeschlagen werden, ehe man an die Zukunft denkt? Die wichtigsten Wälder eber den Ranserner Wald mit dem Ostrower und dem Weidenhofer Waldpark durch Waldstreifen zu verbinden suchen; denn die Großstadt rückt immer weiter hinaus, bringt uns ihre Wälder und Waldpartien immer näher. Anstatt des Weidenhofer Waldes können auch Bäume und Sträucher stehen, und Breslau wäre an landschaftlicher Schönheit um vieles reicher. Aufforsten, nicht einschlagen! müßte die Devise der städtischen Forstverwaltung bei den Toren der Stadt sein, und noch mehr; auch den bestehenden Wald dem Publikum zugänglicher machen als bisher.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

Der Zentral-Arbeits-Nachweis der Buchbinder befindet sich auf weiteres beim Kollegen Metzger, Bismarckstraße 37, III., Telefon 1206. Arbeitslose haben sich dort, Nachmittags zwischen 5 und 6 Uhr, zu melden.

Achtung, Innensänger! Donnerstag, den 11. Oktober, Abends 8 Uhr, findet im Saal des „Goldenen Reper“, Klosterstraße, eine allgemeine Versammlung statt. Auf der Tagesordnung steht die Beschlußfassung über die Antwort des Arbeitgeberverbandes auf die Forderung eines jeden Kollegen, persönlich in der Versammlung zu erscheinen.

Achtung, Tapezierer! Bei der Firma Lehmanns Berlin, Wilhelmstraße (Meister Tobias) und Schauspielhaus Breslau sind Differenzen ausgebrochen! An beiden Orten haben die Kollegen die Arbeit eingestellt. Die Ortsverwaltung.

Achtung, Steinarbeiter! Mittwoch, den 10. d. Mts., Abends 7 Uhr, findet im Zimmer 8/4 eine Mitglieder-Versammlung statt. Tagesordnung: Differenzen auf dem Platz Frank. Wenn Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder Pflicht. Der Vorstand.

Achtung, Bauarbeiter! Hierdurch bringen wir den Mitgliefern der Kolonial-Vorstadt zur Kenntnisnahme, daß die Beitragszahlungen von jetzt ab nur Sonntag Vormittag von 10 bis 12 Uhr im Bezirkskolonial-Volensstraße 97, „Stadt Walsburg“, stattfinden. Ferner machen wir die Kollegen von Weide und Umgebung darauf aufmerksam, daß Sonntag den 14. Oktober, Mittags 1 1/2 Uhr, in Fischers Lokal in Weide eine Zusammenkunft stattfindet, wozu alle Kollegen eingeladen sind. Kolonialverwaltung des Bauhilfsarbeiter-Verbandes.

Standesamtliche Nachrichten.

- Todesfälle. I. Schneiderin Anna Geier, 45 Jahre. — Josef, S. des Arbeiters August Maloch, 3 Jahre. — Anreicher Mor Krebs, 83 J. — Helmut, S. des Schneiders Martin Tiede, 1 Mon. — Lucia, T. des Buchhalters Arthur Goldt, 4 Monate. — Delmut, S. des Militäravaliden Oskar Eichner, 1 J. — Witfrau Marie Hempf, geb. Zwaborn, 81 J. — Adolf, S. des Eisenbockers Adolf Haffpe, 5 Woch. — Witfrau Emma Schudel, geb. Schmidt, 50 J. — Lehrerin Dorothea Braumera, geb. Fischer, 71 Jahre. — Renteneinpfänger Anton Koh, 71 Jahre. — Hotelbesitzer Karl Hübner, 62 J. — Arbeiterin Helene Korger, geb. Barth, 34 J. — Witfrau Karoline Winkler, geb. Mann, 71 J. — Aufseher Paul Breunel, 41 J. — Arbeiter Franz Seidel, 54 J. — Gertrud, T. des Tischlers Konrad Baron, 3 W. — Verm. Auszügler Eulanna Nowak, geb. Kretschmer, 82 J. — Arbeiterin Maria Kläger, 29 J. — Irma, T. des Schneiders Gabriel Blich, 11 Mon. — Arbeiterin Adelheid Barth, 24 J. — Haushälter Robert Gluche, 22 Jahre. — Robert, S. des Arbeiters Robert Schöpe, 3 Mon. — Gertrud, S. des Kaufmanns Andreas Ludwig, 5 Monate. — Gertrud, T. des Masslers Friedrich Böhm, 2 J. — Willy, S. des Fleischers Hermann Landström, 1 W. — Schugmann Otto Augereich, 23 Jahre. — Margarete, T. des Haushälters August Bichol, 2 Monate. — Verheiratete Eisenbahnarbeiterin Karoline Wanfer, geb. Ulrich, 46 J. — Haushälter Wilhelm Wiesner, 87 Jahre. — Irma, T. des Malers Wilhelm Bilmad, 1 Jahr. — Georg, S. des Fleischers Reinhold Ruppelt, 4 Monate. — Selma, T. des Anrichters Mor Schmidt, 1 Jahr. — II. Arbeiter Alfred Hartmann, 39 J. — Rentier Josef Meißner, 66 J. — Malermeisterin Elisabeth Belschnitt, geb. Gudel, 68 J. — Hildegard, T. der Eisenbahnschaffnerin Emma Eisner, geb. Kolner, 6 Mon. — Weichenkellerin Katharina Schumann, geb. Neumann, 61 J. — Bahnarbeiterin Mathilde Trupke, geb. Wagemann, 69 J. — Eisenbahnschaffnerin Marie Stiller, geb. Grünig, 54 J. — Schneiderin Maria Langer, 28 J. — Klara Seiffert, ohne bef. Stand, 23 J. — Verm. kal. Eisenbahn-Direktorin Marie Hirsfort, geb. Weite, 72 J. — Frieda, T. des Kallendieners Hermann Vollmann, 3 J. — Gertrud, S. des Fleischermeisters Heinrich Vogt, 12 J. — Zigarenmacher Georg Daus, 35 J. — Bertha, T. des Arbeiters Karl Zimmer, 11 Mon. — Margarete, T. der Tischlermeisterin Anna Müller, geb. Sawlitta, genannt Vagner, 5 J. — Dienbauerin Pauline Hübner, geb. Klette, 63 J. — Mar., S. des Arbeiters Heinrich Wilde, 3 J. — Ida, T. des Arbeiters Wilhelm Köhler, 2 Mon. — Erna, T. des Monteurs Christian Bahnis, 2 Mon. — Elisabeth, T. des Omnibus-Kutschers Ernst Doman, 10 Mon. — Kaufmann Friedrich Schindler, 60 J. — Holzarbeiter Friedrich Weener, 50 J. — Herbert, S. des Omnibuskutschers Paul Baensch, 5 W. — Paul, S. des Kessel-Schmieds Michaelis Schmecha, 3 J. — Walter, S. des Anrichters Paul Hauke, 3 Mon. — Steinmetz Edmund Schütte, 37 J. — Tischlermeisterin Charlotte Kämmler, geb. Scholz, 36 J. — Edith, T. des Milchhändlers Otto Pfänder, 3 W. — Paul, S. des früheren Arbeiters Wilhelm Weglein, 4 J. — Anna, T. des Haushalters Alfred Friede, 5 Mon. — Walter, S. des Restaurateurs August Krillhof, 6 Mon. — Fabrikarbeiter Paul Martin, 23 J. — Volkshilfsarbeiterin Ida Andorf, geb. Hüner, 31 J. — Früh-Kunstgärtner Franz Meiner, 85 J. — Schachtarbeiter Hermann Tigmann, 42 J. — Charlotte, T. des Tischlers Otto Reichert, 6 Mon. — Lehrmädchen Martha Stöpler, 15 J. — Adolf, S. des Kellners Adolf Gerlich, 3 Woch. — Emilie Wigel, ohne besondern Stand, 84 J. — Walter, S. des Marklandsgelehrten Ernst Fuhrmann, 6 W. — Frühere Lehrerin Annelie Richter, 67 J. — Tischlerin Klara Mann, geb. Scholz, 47 J. — Charlotte, T. des Anrichters Paul Andwig, 3 Std. — Ida Hübner, ohne bef. Stand, 37 J. — Restaurateur Wilhelm Hüter, 42 J. — Schlosser Gustav Goldberg, 20 J. — Eisenbahn-Zugführerin Charlotte Marzischke, geb. Schreiber, 74 J. — Paul, S. des Arbeiters Ernst Hüster, 1/2 Std. — Kurt, S. des Schugmanns Paul Leich, 5 W. — Modellstecher Otto Heller, 24 J. — Kaufmann Johannes Weib, 45 J. — Schuhmachermeister Wilhelm Kleinewetter, 66 J. — Tischler-Geselle Karl Rengebauer, 79 J. — Keller Karl Janil, 64 J. — Mühlensauerin Karoline Ringer, geb. Anitzel, 72 J. — Arbeiter Reinhold Kräder, 38 J. — Eisenbahnschaffner Gottlieb Gellert, 55 J. — Lucia, T. des Gerichtsbüchlers Franz Regel, 2 Mon. — Hildegard, S. des Bauarbeiters Hermann Hanel, 3 Mon. — Johannes, S. des Tischlers Adolf Gismuth, 4 J. — Zigarenmacherin Elise Kronig, 17 J. — Privatierin Mathilde Glatzer, geb. Steinig, 78 J. — Landes-Sekretärin Auguste Geisler, geb. Karimle, 48 J. — Privatierin Anna Grel, geb. Schubert, 79 J. — Friedrich-Joachim, S. des Kaufmanns Wilhelm Debitius, 11 W. — Oberlandesgerichtsrat a. D. und Geh. Justizrat Karl Swidom, 84 J. — Schuhmacherin Karoline Feingemann, geb. Frank, 47 J. — Rätin Alwine Rosenberger, 88 J. — Früherer Fuhrwerksbesitzer Anton Köster, 71 J. — Gertrud, T. des Eisenbahnschmieds Andreas Kobusch, 4 Mon. — Martha, T. des Arbeiters Paul Raminshy, 7 Std. — Verkäuferin Bertha Herrmann, 20 J. — Arbeiter Richard Liel, 20 J. — Dreifachhülfenfrau Julie Guff, geb. Keilner, 79 J. — Anna, T. des Bahnarbeiters Robert Goffe, 1 W. — Emma, T. des Tischlers Johann Gröber, 5 W. — Volkswitwe Therese Herberabend, geb. Fischer, 94 J. — Alfred, S. des Arbeiters Edmund Hartmann, 10 W.

Wetterkarte des öffentlichen Wetterdienstes.

Mittwoch, den 10. Oktober.

	Heute früh 7 Uhr			Temp.-Grt.		Wetter
	Temp.	Wind	Nichtl.	Temp.	Wrt.	
Rosenthal-Dr.	4	SO 2	0	11	-0,6	Klar
Deutscher OS.	1	D 2	0	11	0	halb bedekt
Gabelschwerdt	1	W 1	0	12	-1	Klar
Schütz	3	D 1	0	12	1	better
Ostrowo	3	D 3	0	12	0	Klar

Verleihen.

G. E. Garian. Sie können die „Vollmacht“ bei dem Postamt in Schilda monatlich und vierteljährlich abonnieren.

Sozialkommission.

Alle Kaufmann und Beschwerden in Sachen der Sozialfrage sind zu richten an Erich Widera, Margaretenstraße Nr. 17.

Verantwortlicher Redakteur: Theodor Müller. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstr. 5/6. — Verlag von Oskar Schöps. — Druck von H. Schöps & Co. in Breslau. — Vertrieb in Breslau, Olegun & Beilstein.

Donnerstag
Freitag
Sonntag

Gedr. Barasch

11. Oktober
12. Oktober
13. Oktober

Nur Ring 31/32

Fleisch- und Geflügel-Markt

Sowohl Vorrat.

Prima **Schweinefleisch**, frisch ausgeschlachtet.

Kleinfleisch (Eisbein u. Kopf) Pfund **58** s

Bauch- u. Speckfleisch Pfund **75** s

Gänse, lebend Stück **4.80**

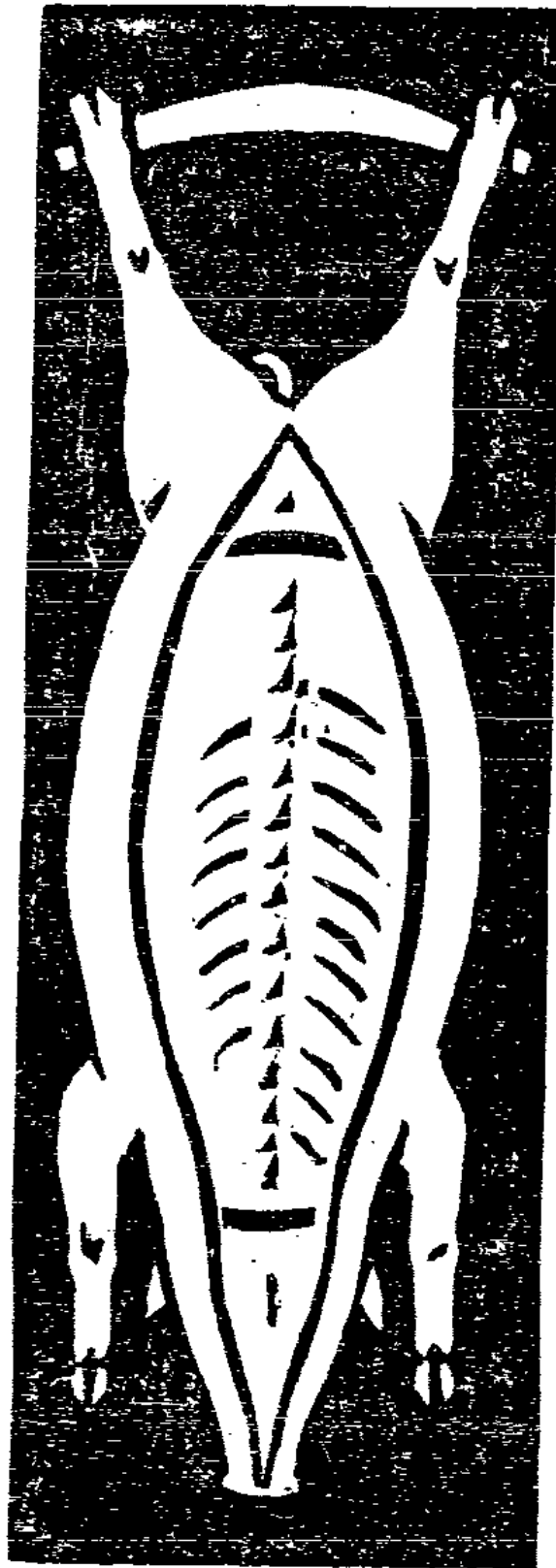
Gänse, geschlachtet Pfund **65** s

Gänsefleisch Pfund **70** s

Gänseklein **70** s

Gänseleber Stück **18** s

Gänsefett 1/4 Pfund **65** s



Schinken- und Carréstück Pfund **82** s

Karbonade Pfund **98** s

Enten, lebend Stück **2.75**

Enten, geschlachtet Pfund **77** s

Hühner, lebend Stück **77** s

Frische Sprotten 1/4 Pfund **9** s

Blumenkohl Kopf **12** s

Sauerkraut Pfund **5** s

Karpfen lebend . . . Pfund **75** s

Hasen, frisch geschossen, Stück **3.60**

Gemüse-Konserven

- Schnittbohnen . . . 2 Pfund-Büchse **28** s
- Schnittbohnen . . . 1 Pfund-Büchse **20** s
- Gemüse-Erbsen . . . 2 Pfund-Büchse **38** s
- Gemüse-Erbsen . . . 1 Pfund-Büchse **26** s
- Bruch-Spargel . . . 2 Pfund-Büchse **68** s
- Bruch-Spargel . . . 1 Pfund-Büchse **42** s
- Stangen-Spargel . . . 2 Pfund-Büchse **110**
- Stangen-Spargel . . . 1 Pfund-Büchse **65** s

Wurstwaren

- Berliner Rohwurst . . . 1/4 Pfund **15** s
- Zwiebelleberwurst . . . 1/4 Pfund **18** s
- Salami-Dauerwurst . . . 1/4 Pfund **35** s
- Berliner Bratenschmalz 1/4 Pfund **17** s
- Gänseeschmalz 1/4 Pfund **30** s

Käse

- Barzer Käse 5 Stück **10** s
- Hamburger Käse 1/4 Pfund **14** s
- Münchener Bierkäse . . . 1/4 Pfund **17** s

Cakes

- Rollen-Cakes Rolle **8** s
- Volks-Mischung 1/4 Pfund **8** s
- Bausalt-Mischung 1/4 Pfund **12** s

Frucht-Konserven

- Pflaumen 2 Pfund-Büchse **46** s
- Pflaumen 1 Pfund-Büchse **36** s
- Kirschen, rot 2 Pfund-Büchse **58** s
- Kirschen, rot 1 Pfund-Büchse **34** s
- Birnen 2 Pfund-Büchse **68** s
- Birnen 1 Pfund-Büchse **44** s
- Stachelbeeren 2 Pfund-Büchse **72** s
- Stachelbeeren 1 Pfund-Büchse **42** s

Bonbons

- Lebenswecker 1/4 Pfund **8** s
- Malzbonbons 1/4 Pfund **8** s
- Drops, sauer 1/4 Pfund **8** s
- Himbeeren 1/4 Pfund **8** s

Konfektüren

- Bausalt-Schokolade . . . Tafel **11** s
- Bruch-Schokolade . . . 1/4 Pfund **17** s
- Schokoladenmehl 1/4 Pfund **15** s
- Kakao 1/4 Pfund **22** s

Ueber den Parteitag in Mannheim

Schreibt Genosse A. Kautsky im neuesten Hefte der „Neuen Zeit“ unter anderem folgendes:

Wider Erwarten ist der jüngste Parteitag ein recht ruhiger geworden. Aber der würde sich irren, der da wähnte, das sei einem Mangel an Enthusiasmus, einer Ernüchterung der „Revolution-Romanen“ in den Reihen des deutschen Proletariats zuzuschreiben. Es war vielmehr die Folge von Verhältnissen, die mit der Frage des revolutionären Enthusiasmus gar nichts zu tun haben.

Nehmen wir zum Beispiel den letzten großen Gegenstand der Tagesordnung, das meisterhafte Referat Haases. Wäre es am Beginn der Verhandlungen gehalten worden, es hätte eine Sturmflut der Empörung über die Massenjustiz entfesselt und eine ausgedehnte Diskussion angeregt, die eine kraftvolle Bestätigung der Ausführungen des Referenten ergeben müßte. Aber am Schluß der Verhandlungen schloß dem Parteitag dazu die Zeit und die Gastfreundschaft.

Was von dem Referat Haases, gilt nicht minder von den Ausführungen der Genossen Schulz und Clara Zetkin, die dem historischen Materialismus geradezu ein ganz neues Gebiet eröffneten. Der Gedankensreichtum und die großen Gesichtspunkte der Referate hätten eine höchst bedeutende Diskussion hervorgerufen können, aber auch hier konnte der Kongreß aus äußerlichen Rücksichten nicht zum Worte kommen.

Aber auch die Diskussion über das Hauptthema des Parteitages, das Verhältnis von Partei und Gewerkschaft, wurde unter Bedingungen geführt, die weder das Erzeugen von Enthusiasmus noch die Aufklärung von Gesichtspunkten sehr begünstigten.

Frage, um die es sich hier handelte, ist eine Lebensfrage für das kämpfende Proletariat. Sie wird auch in den verschiedensten Ländern außerhalb Deutschlands gerade jetzt auf das lebhafteste diskutiert, in Frankreich wie in England und Amerika: man kann im allgemeinen sagen, in allen jenen Ländern, in denen Partei und Gewerkschaft sich bisher zu unabhängig voneinander gegenüber standen, und überall finden wir die gleiche Tendenz nach größerer Annäherung der Gewerkschaften an die politische Partei und an stärkere Erfüllung mit dem Geiste dieser. Es ist dies eine Notwendigkeit, die der allgemeinen historischen Situation entspringt, dem zunehmenden Verdrängen der isolierten Gewerkschaft, der zunehmenden Bedeutung dagegen, welche die Gewerkschaft als Glied des allgemeinen sozialdemokratischen Emanzipationskampfes gewinnt. Es wächst die Zahl der Kampfgebiete, auf denen ein Erfolg nur durch das Zusammenwirken von Partei und Gewerkschaft erreichbar ist, diese Gebiete sind aber eminent politisch, so daß die Führung auf ihnen der Partei zufallen muß.

Darin liegt durchaus keine Degradation der Gewerkschaften, im Gegenteil, ihre Wichtigkeit muß dabei steigen. Es liegt hier einer der Fälle vor, wo ein Organismus als Teil eines großen Ganzen mehr gedeiht, wichtiger wird wie als isolierter Körper. So hat Hamburg zum Beispiel als Teil des Deutschen Reiches sich gewaltiger entfaltet, wie vordem als souveräner Staat.

Aber dies Nähertrüben von Partei und Gewerkschaften, und das Wachstum des Einflusses der Partei in der Gewerkschaft vollzieht sich nicht immer ohne Reibungen, und gerade die letzten beiden Jahre waren in Deutschland reich daran. Wir brauchen bloß an die Fragen der Reiferei, des Massenstreiks, des „Vorwärts“-Konfliktes, des Protokolls der Konferenz der Zentral-Vorstände, sowie an zahlreiche Polemiken der Gewerkschaftspresse gegen den Parteivorstand und einzelne Parteiorgane zu erinnern, an die Beugung der unabdingten Verbindlichkeit der Parteitags-Beschlüsse für solche Parteigenossen, die gleichzeitig Gewerkschafter sind usw.

Gerade diese Erscheinungen waren es ja, die den diesmaligen Parteitag veranlaßten, sich mit dem Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft zu beschäftigen. Da erschien es einer ganzen Reihe von Genossen notwendig, dies Verhältnis genauer zu bezeichnen, als es in der Bebel'schen Resolution geschah, und zu betonen, daß die Sozialdemokratie nicht eine bloße parlamentarische, den Gewerkschaften beigeordnete Körperlichkeit sei, sondern die Vertreterin des gesamten proletarischen Emanzipationskampfes sein solle, von dem die gewerkschaftliche Bewegung nur ein Teil. Um das auszusprechen, brachten wir unseren Zusatz zur Bebel'schen Resolution ein.

Wir erwarteten, die Verfechter der gewerkschaftlichen Neutralität würden unseren Zusatz grundsätzlich bekämpfen und er werde so Gelegenheit zu einer großen, grundsätzlichen Auseinandersetzung des Verhältnisses von Partei und Gewerkschaft geben. Dazu kam es indes leider nicht. Ein Teil unseres Zu-

satzes fand keinen Widerstand, sondern allgemeine Zustimmung, obwohl er in die gewerkschaftliche Neutralität bereits ein bedeutendes Loch reißt. Der am schärfsten zugespitzte Teil unseres Amendements wurde aber von einer Reihe von Rednern ebenfalls nicht grundsätzlich verworfen, vielmehr als selbstverständlich bezeichnet, aber aus Zweckmäßigkeitsgründen abgelehnt.

Hätten die Gewerkschafter auf dem Parteitag die Erlaubnis fortgesetzt, die sie in den letzten Jahren eingenommen, und hätten sie dementsprechend unser Amendement als falsch grundsätzlich bekämpft, so wäre es sicher angenommen worden, daran ließ die Stimmung des Parteitags keinen Zweifel. Aber die Gewerkschafter ließen alle praktischen Streitpunkte fallen, erwählten gar nicht den „Vorwärts“-Konflikt, sie gaben ihre Verwahrungen gegen die unabdingte Verbindlichkeit der Parteitagsbeschlüsse auf und akzeptierten den Standpunkt der Partei in den Fragen der Reiferei und des Massenstreiks. Man vergleiche die Mannheimer Verhandlungen mit dem Protokoll der Konferenz der Gewerkschafts-Vorstände vom Februar, und man wird finden, daß die Stimmung unter den Gewerkschaften völlig umgeschlagen hatte. An Stelle der Kampfeslust war Veröhnlichkeit und Entgegenkommen getreten. Dies nahm mitunter sehr eigenartige Formen an, wie der Antrag Legien, der feststellen wollte, daß der Kölner Beschluß und der Jenaer über den Massenstreik sich nicht widersprechen — derselbe Jenaer Beschluß, den Legien ein Jahr vorher abgelehnt hatte, weil er eine KonzeSSION an den Anarchosozialismus bilde; derselbe Jenaer Beschluß, gegen den sich Bismarck aufgebracht hatte, weil er eine Unterordnung der Gewerkschafter bedeute, die an den Kölner Beschluß gebunden seien.

Je mehr diese Stimmung der Gewerkschafter auf dem Kongreß zu Tage trat, desto mehr wendete sich die Debatte über unser Amendement von der großen Frage, ob seine Erörterung richtig sei, der geringfügigeren zu, ob es zweckmäßig sei, diese Grundfrage gerade jetzt, wo sie von den Gewerkschaftern zum Teil selbst anerkannt wurden, in einer Form auszusprechen, die von denselben Gewerkschaftern als eine kränkende empfunden werde.

Ueber diese Zweckmäßigkeit eine Entscheidung herbeizuführen, war nicht unsere Absicht gewesen. Je mehr der letztere Gesichtspunkt in den Vordergrund trat, und je häufiger die Redner — auch jene, die unser Amendement ablehnten — erklärten, daß es etwas Selbstverständliches sage, desto überflüssiger wurde die Abstimmung über unser Amendement, die nur ein falsches Bild der wirklichen Stimmung ergeben hätte.

Wir haben auch ohne Abstimmung unser Ziel vollständig erreicht, unsere Anschauung über das Verhältnis von Partei und Gewerkschaft in der Partei einzubürgern. Andererseits können die Gewerkschafter sich jetzt nicht mehr darüber beklagen, daß ihr Entgegenkommen zur Partei mit ihrer Demütigung beantwortet worden sei. Werden sie in dem Sinne der Erklärungen weiter arbeiten, die sie dem Parteitag abgaben, dann bedeutet dieser sicher einen gewaltigen Schritt vorwärts auf der Bahn fruchtbarer Zusammenwirkens von Partei und Gewerkschaft.

Insofern haben wir allen Grund, auf die Verhandlungen des Mannheimer Parteitages mit Befriedigung zurückzublicken. Wenn sie trotzdem einen peinlichen Nachgeschmack in uns zurücklassen, so ist daran nicht die Diskussion über das Verhältnis von Partei und Gewerkschaft schuld, sondern die damit eng verknüpfte über den politischen Massenstreik.

Sie haben einzelne Redner in Mannheim ganz andere Töne angeschlagen als in Jena.

Ich möchte nicht so weit gehen, wie David, der Bebel's Haltung in Jena mit einer Fanfare, und die in Mannheim mit einer Schamane verglich. Wenn man das Bebel'sche Referat hier und dort vergleicht, wird man finden, daß sie nicht miteinander unvereinbar sind. Wenn sie trotzdem grundverchiedene Klänge, so ist dies zum großen Teile dem Umstand zuzuschreiben, daß sie verschiedene Aufgaben zu erfüllen hatten. In Jena galt es, der Idee des Massenstreiks zum Durchbruch zu verhelfen, der die Gewerkschafter in Köln den Krieg erklärt hatten. In Mannheim wurde die Jenaer Resolution von niemand mehr bestritten. Wohl aber war der Streit über ihre Auslegung ausgebrochen. Eine Reihe von Genossen unter der Führung der ehemaligen Redaktion des „Vorwärts“ hatten darin den Sieg ihrer Anschauung gesehen, als sei der Massenstreik ein Mittel, das jetzt unter allen Umständen dort anzuwenden sei, wo das Proletariat sich beeinträchtigt fühle und auf energielosen Widerstand stöße. Diese Auffassung war zurückzuweisen, und sie wurde zurückgewiesen. Dabei mußte aber naturgemäß der Nachdruck vor allem auf die Schwierigkeiten gelegt werden, die dem Massenstreik unter den gegenwärtigen Verhältnissen Deutschlands entgegenstehen. Je dort daran erinnern, daß mit meine Zurückweisung dieser Auffassung vom Massenstreik den für mich sehr schmerzlichen Tadel einbrachte, ich stände auf gleichem Boden mit Volksgang Heine.

Weshalb man nun diese Auffassung des Massenstreiks zurück, dann bleibt allein jene andere übrig, daß der Massenstreik bei so scharf ausgeprägten Klassenengenschieden und einer so starken Regierung wie in Deutschland nur in einer Situation einen Erfolg erzielen könne, die Aussicht gebe, sich zu einer revolutionären zu gestalten.

Sieht man aber auf diesem Standpunkt, dann kommt alles darauf an, ob man das Eintreten einer solchen Situation in absehbarer Zeit für möglich hält oder nicht. Gilt man es für unmöglich, glaubt man, die gegenwärtige Situation sei auf lange hinaus unanwendbar, dann hat man recht, die Diskussion und Propagierung des Massenstreiks für überflüssig, ja für einen Fehler zu halten. Die Kampfmittel, die vielleicht noch zwanzig Jahren in Betracht kommen, brauchen uns heute nicht zu kümmern.

Steht man nicht auf dem Stämpfer Eisenischen Standpunkt und propagiert man trotzdem den Massenstreik, dann kann man dies nur tun, wenn man mit der Möglichkeit des baldigen Eintretens einer revolutionären Situation in Deutschland rechnet, für die man gewappnet sein muß.

Nur unter dieser Voraussetzung hatte die Jenaer Resolution einen Sinn, und so wurde sie auch aufgeführt. Bebel's Referat in Mannheim erweckte aber die Empfindung, als bedeute es einen Schritt hinter Jena zurück, als sähe er heute für Deutschland die Möglichkeit der Anwendung des Massenstreiks in weit größerer Ferne, als vor einem Jahre, als erschienen ihm die dazugehörigen Schwierigkeiten für die nächste Zeit weit unüberwindlicher, als damals.

Manentlich seine Ausführungen über die Haltung des deutschen Proletariats im Falle eines Krieges oder einer bewaffneten Intervention erweckten den Eindruck, als hielte Bebel gerade in solchen Lebensfragen, die zum mindesten von gleicher Wichtigkeit sind, wie das Reichstagswahlrecht oder das Koalitionsrecht, die Anwendung eines Massenstreiks für ausgeschlossen.

Nun ist es sicher, daß wir einen Militärstreik, wie ihn die französischen Antimilitaristen predigen, nicht durchführen können. Auch ein Massenstreik nach bereits ausgebrochenem Kriege wäre schwer durchführbar. Dagegen braucht man keineswegs von vornherein einen Massenstreik als ausichtslos zu verurteilen, der ausbricht, um eine Regierung daran zu hindern, einen Krieg anzuzetteln. Wenn die Regierungen Deutschlands und Frankreichs eine Politik verfolgen, die zum Kriege zwischen den beiden Ländern zu führen droht, und das Proletariat Frankreichs zum Protest dagegen in einen Massenstreik eintritt, so sind wir sehr weit davon überzeugt, daß das Proletariat Deutschlands es ohne weiteres für seine Pflicht halten wird, die Aktion unserer französischen Brüder durch eine würdige Parallelaktion zu unterstützen, die sehr wohl die Wirkung haben könnte, die zum Kriege treibende Politik der Regierungen zu durchkreuzen.

Was aber die Intervention anbelangt, so ist es sicher richtig, daß sie ein Wahnsinn wäre, den wir unter den gegebenen Verhältnissen der deutschen Regierung nicht zuzutrauen brauchen. Aber die russischen Verhältnisse können sich über Nacht ändern, und wie die deutschen Regierungen ausschauen und denken werden, wenn das Zaren-Regime durch eine demokratische Republik ersetzt ist, dafür können wir nicht die geringste Garantie übernehmen. Es erscheint mir nicht im mindesten ausgeschlossen, daß wir dann ein Regime bekommen, welches aus Angst vor dem Uebergreifen der Revolution zu jeder Tollheit fähig ist. Das aber das deutsche Proletariat jeden Versuch, die russische Freiheit mit deutschen Bajonetten zu menschen, als einen Angriff auf seine eigenen Lebensinteressen auffassen und entsprechend beantworten würde, darüber braucht man wohl keinen Zweifel zu hegen.

Nun hat ja Bebel auch die Versicherung gegeben, daß die Sozialdemokratie in jedem Falle ihre Schuldigkeit tun werde. Aber das geschah erst im Schlußwort und konnte den Eindruck der ersten Rede auf den Gang der Verhandlungen nicht beeinflussen.

Genieß wäre es falsch, behaupten zu wollen, Bebel habe in Mannheim eine Schwärzung nach rechts vorgenommen. Ich betone nochmals, daß sein Mannheimer und sein Jenaer Referat sehr wohl mit einander vereinbar sind und daß nur die veränderte Situation es war, die ihn veranlaßte, in Mannheim andere Gesichtspunkte stärker zu betonen, als in Jena. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß sein Referat in Mannheim den Eindruck erweckte, als herrsche in führenden Kreisen der Partei nicht mehr die feste Überzeugung vom vorigen Jahre, und dies mußte notwendigerweise dahin wirken, daß die Mannheimer Verhandlungen über den Massenstreik nicht jenen Charakter jenseitiger Kampfeslust trugen, wie die von Jena, daß ihr Ton ein gedämpfter war.

Aus aller Welt.

Schriftstellernde Seiger tönn'n als Lokomotivführer nicht verwandt werden. Im „Wahrheit für Eisenbahner“ finden wir folgende Notiz: Einem Berliner Lokomotivführer wurde beim Einfahren auf Bahnhof Frie. plötzlich das auf Fahrt stehende Signal eingeschlagen und bald darauf wieder gezogen. Auch mußte er auf Bahnhof Mü., um einen Schnellzug vorzubereiten, seinen Personenzug umgehen, während das Ausfahrtsignal auf „Nacht frei“ stand. Dieses Signal galt für den so-gar nach dem Umgehen durchfahrenden Schnellzug. Da dem Führer im ersten Falle die willkürliche Handhabung des Einfahrtsignals auf Bahnhof Frie. auffiel, die zweite Sache in Mü. ihm aber betriebsmäßig erschien, so machte derselbe, um Aufklärung bitend, der Maschineninspektion Schneidermann 11 von den Vorkommnissen Mitteilung. Dienstlich wurde Handhabung der Signal- und Weichen-Einrichtungen auf den betreffenden Stationen statthaft und möglichst feten; da er aber auf Station Mü. nach Aussage des Fahrleiters seinen Zug ohne Auftrag in Bewegung gesetzt (das Signal „Vorziehen“ war tatsächlich gegeben und ihm von seinem Seiger, welcher sich auf der Stationsseite befand, übermittelte), so wurde er mit 1 Jahr bestraft, und ihm außerdem bemerkt, daß schriftstellernde Seiger als Führer nicht verwandt werden sollen. Das ist unerhört und verdient der weitesten Öffentlichkeit unterbreitet zu werden, denn nach einer ministeriellen Bestimmung sollen alle im Betriebe vorkommenden Unregelmäßigkeiten und Mängel zur Anzeige gebracht werden. Davon scheint der Inspektions-Vorstand in Schneidemühl aber keine Ahnung zu haben.

Bei einer Verheirathung seltener Bücher in einer Berliner Buchhandlung wurde als außerordentliche Seltenheit auch ein 1888 herausgegebener dünnes Gebirgsbuch von Gerhart Hauptmann: „Das bunte Buch“ verkauft. Man zahlte 290 Mark dafür. Drei Exemplare sollen nur existieren, weil der Verleger vor der Fertigstellung der Auflage Bankrott machte.

Unterdrückte Kohlenfelder sind dem „Daily Express“ zufolge bei Dover entdeckt worden. Sie sollen die größten in Großbritannien sein und sich über ein Gebiet von 100 englischen Quadratkilometern erstrecken.

Die deutsche alkoholgeuerliche Bewegung verfügt jetzt im ganzen über 75 Zeitschriften.

Ein furchtbares Fuzikidrama. Der „Wiener Arbeiter-Zeitung“ wird aus Mailand geschrieben: Im Jahre 1905 hatte ein Arzt das neunjährige Mädchen Giulia Fontana untersucht und an ihm die Merkmale eines schrecklichen Ver-

brechens konstatiert. Auf Befragen der Mutter erklärte diese, daß der Vater des Kindes das Verbrechen verübt habe. Dieser Behauptung keine Unschuld, wurde aber trotzdem verhaftet und vor das Schwurgericht gestellt, wo ungeachtet der Beteuerung seiner Unschuld die Gattin die Beschuldigung aufrecht hielt und auch das Kind die Angaben der Mutter bestätigte. Auf Grund dieser Beschuldigungen wurde Fontana am 12. Dezember 1904 von den Geschworenen schuldig erkannt und zu elf Jahren zwei Monaten an Kerker verurteilt. Noch als man ihm aus dem Schwurgerichtssaal wegführte, beteuerte der Verurteilte verzweifelt seine Unschuld. Kurze Zeit darauf erkrankte die Gattin Fontana; sie starb dahin, wurde von Bahnvorstellungen befallen und starb im Vorjahr. Das Mädchen wurde nunmehr in eine Erziehungsanstalt nach Sobogno gebracht. Als eines Tages dort die Klosterfrau mit den Kindern über die schweren Strafen sprach, die auf Reineid gesetzt sind, fiel es ihr auf, daß das Mädchen von einem Insubulvischen Zittern befallen wurde. Hierüber zur Rede gestellt, erklärte das Kind, daß es auf Zureden der Mutter den eigenen Vater eines schrecklichen Verbrechens beschuldigt habe, das er nicht begangen habe. Die Klosterfrau und der Beichtvater des Instituts leiteten darauf sofort Schritte zu Gunsten des Verurteilten ein, die jedoch vergeblich blieben. Im Sommer dieses Jahres erkrankte das Mädchen an Lungenschwindsucht und mußte in ein Spital nach Mailand gebracht werden. Dort erhielt es in der vorigen Woche einen Brief des Vaters, in welchem er das Kind beschwor, die Wahrheit zu gestehen. Nunmehr legte das Kind endlich vor Vertretern der Behörde ein Geständnis ab und erklärte, daß ein gewisser Gaetano Giolli mit Zustimmung der Mutter das Verbrechen an ihm verübt und daß es sich mit der Mutter vereinbart habe, den Vater der Verurteilung des Verbrechens zu beschuldigen. Giolli wurde sofort verhaftet und mit dem Mädchen konfrontiert, welches bei seinem Anblick einen Schreckensschrei ausstieß. Es wurde festgestellt, daß Frau Fontana das Kind zur falschen Aussage verleitet habe, um sich durch die Verurteilung ihres Gatten zu entledigen und dadurch ihr Liebesverhältnis mit Giolli fortsetzen zu können. Giolli hat auch das Verbrechen eingestanden.

Eine verregte Winter. In dem Abends in Kaiser-Eintreffenden wettlichen Personenge reiste am Mittwoch eine Frau mit ihrem zwei kleinen Kindern. Frau vor Tagen ließ sie aus, aber an die Kinder zu denken. Erst als sie sich nach einiger Stunde ihrer erinnerte, eilte sie zum Bahnhof zurück. Inzwischen waren die Kleinen den Wirtstenden angeschlossen und in eine benachbarte Station dem Vorsteher übergeben worden. Drastisch wurde dann die Mutter ermittelt, die auch bald eintrat, um die gelangweilten Kinder wieder in Empfang zu nehmen.

Geiz und Wäschermahl. Einer Rattenchwanz von Prozeßten die die Ehe des Grafen Erasmus zu Erbach-Erbach zur Folge gehabt. Bekanntlich heiratete der noch junge Erbgraf die hübsche Tochter einer Wäscherin, die im Hause „Er. Durchlaucht“ tätig war. Die Ehe wurde in London geschlossen. Nun ging von den Verwandten des glücklichen Verheirateten eine wahre Schlags gegen das arme Mädel los. Der durchlauchtigste Herr Papa trug Sorge um das leibliche Wohl seines Sohnes und veranlaßte ihn, den ehelichen Wohnsitz in Oberursel i. L. zu verlassen und seine Unterbringung in eine Herrenbelleinstalt auf der Höhe von Mar. Die Verwandten waren entsetzt über die unehrenhafte Ehe und setzten alles daran, daß die „Ehe“ des Grafen wieder gerettet werde. Dazu gehörte ihrer Ansicht nach vor allem eine Nichtigkeitsklärung der Ehe. Außer dieser Klage, die feststellen soll, ob die Ehe zu Recht bestünde oder nicht, schwebte ein Prozeß, den die von ihrem Gatten getrennt lebende junge Gräfin gegen ihren Mann führte. Die ehemalige Wäscherin forderte zur Befreiung ihrer Unterhaltung für die Dauer bis zur Entscheidung des Eheprozesses monatlich 500 Mark. Land- und Oberlandesgericht entschieden anfangs Juli, daß 200 Mark genug seien. Beim Landgericht in Darmstadt klagten die beiden Brüder des Grafen, Arthur und Konrad Erbach-Erbach, gegen den regierenden Grafen Georg Albrecht auf Befreiung eines Ständehofes zur Regelung der Erbfolge. Was aus dieser Klage wurde, ist nicht bekannt. Schließlich spielt in das „Ehedrama“ noch ein Entmündigungsprozeß hinein, den der Herr Papa in die Wege leitete, behauptend, sein Sohn sei zur Zeit der Eheschließung geistesunfähig gewesen. Das Darmstädter Amtsgericht hat den jungen Grafen denn auch wegen Geistesirrtums entmündigt. Dieser Entmündigungsbescheid wurde von dem Rechtsanwalt Dr. Burzmann, dem Vertreter der jungen Gräfin, angefochten. Die Anfechtung eines Entmündigungsbeschlusses ist keine so einfache Sache; denn die Klage muß sich nach den Bestimmungen der Zivilprozessordnung gegen den Staatsanwalt richten. Das Landgericht erließ einen umfangreichen Beweisbescheid. Es soll über den Geisteszustand des Grafen Erasmus noch eine Anzahl Sachverständiger vernommen werden.

Die längerliche Rattenchwanz für amerikanische Schulden wird von „Eile“, dem besten humoristischen Blatte der Vereinigten Staaten, veröffentlicht. Man liest dort u. a.: Frage: „Warum sind die Genossen der Vereinigten Staaten...“ Antwort: „Die Genossen der Vereinigten Staaten sind die Produktion von Leinwand, der Handel mit Silber und die Produktion von amerikanischen Revolutionen.“ Frage: „Was ist ein amerikanischer Rattenchwanz?“ Antwort: „Ein amerikanischer Rattenchwanz ist ein Rattenchwanz, der so viel Geld hat, daß er sich das Hochland nur von

Eine Wähler-Massenversammlung findet heute abend im Bergkeller statt.

Arbeiter, Wähler erscheint Mann für Mann!

Kleine provinzielle Nachrichten.

Montag früh brach auf dem Gdödt des Gutsbesizers Karl Wagner in Proben bei Feuer aus, wodurch die größtenteils mit Grubenarbeitern und Strohdachern abbaunte. — Bei einem Streite zwischen Arbeiter auf dem Dominium Quarty bei Glogau verfechtete der eine der Streitenden einen anderen einen so gewaltigen Schlag mit einer Schippe auf den Kopf, daß der Betroffene am nächsten Tage verstarb. — Im Silo der Genossenschaftsmühle in Kreuzburg O.S. brach dieser Tage ein Großfeuer aus. Der Schaden beträgt nach vorläufiger Schätzung ungefähr 300,000 Mark. Das große Glasfenster scheint vollständig verloren zu sein. — Als am Sonnabend Abend der Kleinmeyermeister Breilkopf in Weiden O.S. auf einem Neubau auf der Langestraße seine dort beschäftigten Leute zur Lohnauszahlung zusammenrief, begab sich der Kleinmeyermeister Richter über die im dritten Stock gezeigte Richtung, verlor dabei das Gleichgewicht und stürzte aus einer Höhe von 18 Metern hinunter in den Hofraum, wo er tot liegen blieb. — Auf dem Gleise der Strecke Wroslaw-Andersin wurde bei Kunitzbenneiche ein dem Arbeiterstande angehöriger Mann, der wahrscheinlich aus dem Personenzug gestürzt und überfahren worden ist, als Leiche aufgefunden. — In dem Vorkassischen Gasthause an der Sonnenmarkthütte erfolgte eine heftige Gasexplosion, durch die der Gastwirt schwer verletzt wurde. Ein Teil der Decke des Gasthauses ist eingestürzt. Die Ursache der Explosion ist noch nicht festgestellt. — Der Bauer Schmilans in Dohensdorf wurde mit seiner Frau und seiner erwachsenen Tochter verhaftet. Sie haben ein bei ihnen in Pflege befindliches dreijähriges Kind eines Dienstmädchens zu Tode gemartert. An dem unglücklichen Kinde wurden zahllose blutige Flecke und schwere Wunden entdeckt.

Briefkasten.

S. S. 76. Der Verlag unseres Blattes wird Ihre Anregung für die nächste Jahrgangsausgabe in wohlwollende Erwägung ziehen.
A. V., Arnberg im Nsgb. Die Versammlung war am 18. März.

S. Anstätt.

Für die Stadtverordneten-Wahlen gingen ein
 außer bereits quittierten 162.22 Mk.
 A. von S. 3.00
 Fern. Köhler 1.70
 Wert 167 Arbeiter v. Nabe, gel. durch Köhler . . . 16.10
 „ 88 Distrikt III, Bez. 5 13.75
 „ 98 „ VII, durch Thiel 4.55
 Zusammen 200.62 Mk.

Sammelstellen sind im Parteisekretariat, Neue Graupenstr. 5, II. zu haben.

Vereins-Kalender.

Breslau.

Im Partei-Sekretariat.

Neue Graupenstr. 5, Vorderhaus 2. Etage, Telefon-Nr. 3141, werden jederzeit Neuaufnahmen von Mitgliedern entgegengenommen und sind Aufnahmescheine sowie Bestellgelder auf die „Vollmacht“ zu haben.

Rechtsauskünfte können im Partei-Sekretariat nicht erteilt werden. Die Bibliothekenden des sozialdemokratischen Vereins finden von jetzt an Montags von 7—9 Uhr statt. Punkt 9 Uhr wird die Bibliothek geschlossen.

Gewerkschaftshaus.

Mittwoch, den 10. Oktober:
Steinarbeiter-Verband. Abends 7 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Zimmer 3 und 4.
Arbeiter-Radsport-Verein „Breslau“. Jeden Mittwoch: Vereinskabende.

Freitag, den 12. Oktober:
Buchdrucker-Ghilfen-Verein. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im großen Saale.
Verband der Glace-Handschuhmacher. Abends 8 1/2 Uhr: Versammlung. Alle Mitglieder haben zu erscheinen.
Buchbinder. Mitglieder-Versammlung. Zimmer 3 und 4. Vortrag über Partei und Gewerkschaft: Parteitag Mannheim z.

Sonntag, den 14. Oktober:
Männergesangsverein „Zetehor“. XVII. Stiftungsfest im großen Saale. Anfang 4 Uhr.
Steinarbeiter-Verband. Vormittag 10—12 Uhr: Kassentag. Zimmer 7.

Mittwoch, den 17. Oktober:
Schneiderverband. Abends 8 Uhr: Versammlung. Zimmer 2.
Wittellungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Distrikt 2 (Sauerbrunn).
 Mittwoch, den 10. Oktober, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Zusammenkunft beim Bezirksführer-Wahl im bekannten Lokal.
 Distrikt 4 (Nikolaisvorstadt).
 Mittwoch, den 10. Oktober, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Bezirksführer und Stellvertreter.

Bezirk 2, 3 und 4. Freitag, den 12. Oktober, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Mitglieder. Da die Stadtverordneten-Wahlen heranzücken, werden die Mitglieder ersucht, sich vollständig einzufinden.
 Bezirk 7, 8 und 9. Sonntag, den 14. Oktober, Vorm. 8 Uhr: Agitation für die Stadtverordneten-Wahl. Die Mitglieder werden ersucht, sich pünktlich im Bezirkslokal einzufinden, wer als rühriger und tätiger Parteigenosse gelten will, darf nicht fehlen.

Distrikt 6 (Nikolaitor).
 Donnerstag, den 11. Oktober, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Bezirksführer im Lokale bei Schmidt, Schulgenwiese 14. Abrechnung und Ausgabe der Stadtverordneten-Listen. Es wird dringend ersucht, daß jeder Bezirksführer erscheint.
 Bezirk 12 und 13. Donnerstag, den 11. Oktober, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Mitglieder.
 Bezirk 1, 2, 3 und 17. Freitag, den 12. Oktober, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Mitglieder im bekannten Lokal. Es wird ersucht, daß alle Mitglieder erscheinen.

Distrikt 7 (Nikolaitor).
 Bezirk 5 und 7. Zusammenkunft und Jahlabend Sonnabend, den 13. Oktober im bekannten Lokal: Besprechung über die Stadtverordneten-Wahl.

Distrikt 8 (Obertor).
 Bezirk 14, 15, 16, 17 (Kleischlau). Sonnabend, den 13. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr: Jahlabend.
 Dienstag, den 16. Oktober, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Mitglieder im Bezirkslokal.

Distrikt 9 (Obertor).
 Wegen der Volks-Versammlung im „Bergkeller“ findet die Zusammenkunft den 17. Oktober, Abends 8 Uhr statt.
Land-Distrikt 2 (Stabelwig, Herrnpotzsch und Marschwitz).
 Bezirk Klein-Gandau und Schmiedefeld. Sonntag, den 14. Oktober, Vorm. 10 Uhr: Jahlabend bei Bond.
Land-Distrikt 3 (Bezirk Groß-Moschorn).
 Sonntag, den 14. Oktober, Vorm. 10 Uhr: Zusammenkunft der Mitglieder im bekannten Lokal.

Land-Distrikt 6 (Bezirk Dargog).
 Sonntag, den 14. d. M., früh um 7 Uhr, treffen sich die Genossen bei Hofmann behufs Kalender-Verbreitung. Erscheinen eines jeden Genossen ist Pflicht.
Land-Distrikt 7.
 Bezirk 3. Zusammenkunft im bekannten Lokal.
Rothkreuzham. Mittwoch, den 10. Oktober: Zusammenkunft im bekannten Lokal.

Brieg. Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen. Sonntag, den 14. Oktober, Nachmittags 2 1/2 Uhr: Versammlung (nicht Sonnabend wie bekannt gegeben war). Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist notwendig. Die Bevollmächtigten.
Kattowitz. Das Arbeiter-Sekretariat ist vom 1. Oktober ab geöffnet von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags und von 5 1/2 Uhr Nachmittags bis 7 1/2 Uhr Abends. Freitag- und Sonntag-Nachmittag ist das Sekretariat geschlossen.

Jahrg. Die Sprechstunden des Arbeiter-Sekretariats finden jeden Freitag von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachm. und von 5 1/2 Uhr Nachmittags bis 7 1/2 Uhr Abends statt.

Stadt-Theater.

Mittwoch
 Anfang 7 Uhr:
 „Erfried“
 Donnerstag
 „Die Engländer“
 Freitag
 „Maria Magdalene“

Lobe-Theater.

Mittwoch
 „Eherich Solmes“
 Donnerstag
 „Eherich Solmes“
 Freitag
 „Ordnung in der Unterwelt“

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.

Mittwoch
 Gruppe A, 5. Vorstellung:
 „Dasemann's Töchter“
 Donnerstag
 Gruppe B, 5. Vorstellung:
 „Dasemann's Töchter“
 Freitag
Sambold-Verein:
 2. Abonnement-Vorstellung:
 „Der Weltgenießere“

Liebich's Etabl.

Telephon 1648.
Gänzlich neues Programm.
 Anfang 7 1/2 Uhr.

Victoria-Theater

(Sinnvoller Karten).
Hohes Programm.
12 Attraktionen.
 Heute an Besonderen gütig.
 Anfang 7 1/2 Uhr.

Das Feenreich

(Kartengarten-Tempel)
 ist eröffnet.
 Die feinsten Scherzen, welche
 Berlin je gesehen hat.
Dance-Corps

Victoria-Theater

(Sinnvoller Karten).
Hohes Programm.
12 Attraktionen.
 Heute an Besonderen gütig.
 Anfang 7 1/2 Uhr.

Das Feenreich

(Kartengarten-Tempel)
 ist eröffnet.
 Die feinsten Scherzen, welche
 Berlin je gesehen hat.
Dance-Corps

Zeltgarten.

Dir. H. Kreisak
Sensations-Programm.
Steiner der brillante Humorist.
 The Markhaas, die phänomenalen Reulen-Jongleure.
 Teherans, größter Rejseant der Welt.
 Leonardos, Pariser-Akrobaten.
 Hedwig, Elli, Irma, Drahtseilist.
11 Attraktionen.
Entree 30 Pfg.
 Rejertent 50 Pfg.

Palmengarten.

Dir. H. Kreisak
Des großen Erfolges wegen prolongiert:
Elite-Orchester Naupold.
 Kapellen
 Besterr. Damen-Orchester
Gebirgsblume.
 Entree frei.

Konzerthaus Flora.

Dir. H. Kreisak.
 Genre:
Neue Kapelle!
 Original-Magyarische
Zigener-Kapelle
 „Tulipan“.
 Entree frei!

Sozialdemokratisches Liederbuch

von Max Regal.
 Preis 40 Pfg.

Anzüge 10

mit Maß. die auf Maß. her. City, von 17 Mark an. nur in der Herbst 1901. Carlstrasse No. 41. L.

Allerorts suchte Leute, welche Werte, hochlegant. Neu. (erstl. Weihnachtsartikel) nebenbei übern. Hoher Verdienst. Aufst. an jed. kostenl. Herm. Wolf. Zwidau, Sa., Nordstr. 30. [464

Für alte und neue Pumpen, allem Eisen u. Schmiedestücken werden die höchsten Preise gezahlt 4435
Gräbschenerstr. 82a.

Pianos,

Flügel und Harmoniums grösste Auswahl, jede Preislage. Teilzahlungen. Miete, Reparaturen, Stimmen. [4326
Georg Neumann,
 Breslau, Neue Graupenstrasse 13.

Pfandleih-Institut.

Geld auf Pfänder leicht Pfandleih-Institut. Friedrich-Wilhelmstraße 61. I. [3601

Pfänder-Auktion

Landwehrstr. 12. Oktober 5. 156700. Befristung bis 3. Oktbr. Auguste Keller 4303 Friedrich-Wilhelmstraße Nr. 59.

Geld — Geld

auf Pfänder jeder Art. Gold, Silber, Wäsche, Schmiedestücke z. 4331
F. Schwirien, Weissburgerstr. 33.

Paul Zeisig, Friedrich-Wilhelmstr. 67,

Brennerei- und Brauerei-Ausschank.
 Seit Abend von 6 Uhr an frische Leber-, Blut- und Grützwurst.
Für das Partei-Sekretariat Breslau

wird per bald eine **Hilfskraft** gesucht. Anfangsgehalt jährlich 1500 Mk. Offerten mit der Aufschrift „Partei-Sekretariat“ sind bis 18. Oktober an O. Schütz, Neue Graupenstr. 5/6, P. I. zu richten. 4465

Henkel's Bleich-Soda
 Bestes u. billigstes Wasch- u. Bleichmittel.

Anzüge 10

mit Maß. die auf Maß. her. City, von 17 Mark an. nur in der Herbst 1901. Carlstrasse No. 41. L.

Zu jeder Tageszeit

sowohl
 morgens beim Frühstück auf Brod,
 mittags zum Bereiten von Suppen und Saucen, zum Kochen, Braten oder Backen sowie
 abends zum Nachtessen

also
 in jeder Verwendungsart bietet Ihnen für feinste Meiereibutter einen vorzüglichen gleichwertigen aber viel billigeren Ersatz die beliebte Delikatess-Margarine

Solo in Carton.

Wir suchen für unsere Buchbinderei

Arbeitsmädchen
 Buchdruckerei Schenkalsky Nachfg.
 Büschstrasse 27 a. 4468

Wollen Sie Ihre Erfindung

schützen, patentieren lassen oder verkaufen, so legen Sie die Adresse unt. P. 20 i. d. Exped. d. „Vollmacht“ nieder. [4467

Laferme „No. Eins“

Reform-Zigarette 4215
 10 Stück 10 Pfg.-Verkauf. — Zu haben bei
Gebrüder Stahn, Breslau
 Großfeldstraße 27. Telephon 1739.
 Zigaretten und Tabake en gros.

„In freien Stunden“

Manifizierte Roman-Bibliothek, Seit 10 Pfennige. Durch die Expedition und Selbstvertrieb zu beziehen.

Internationaler Arbeiterschuttkongress in Genf.

27. bis 29. September.

Zu dem ersten Punkt der Tagesordnung
Berner Staatensitzung,

beantragen Professor Franke und Fagnot, Referenten der 1. Kommission, im Namen dieser Kommission, das Bureau der Internationalen Vereinigung zu beauftragen, den Staatsregierungen, welche ihren Beitritt zu den Arbeiterschuttsverträgen von Bern vom 26. September 1906 erklärt haben, den Dank der Vereinigung auszusprechen und den hohen schweizerischen Bundesrat um Erfolge seiner Bemühungen zu beglückwünschen. Herr Zelle (Oesterreich) kann nicht in die Freude über das Ergebnis der Berner Konferenz einstimmen, da das Abkommen betreffend das Verbot der Weisphosphorverwendung nur von sieben Staaten unterzeichnet worden ist, und will vielmehr ein Labelschreiben für das magere Ergebnis der Phosphorberatungen aussprechen. Dagegen wenden sich nachdrücklich Hr. v. Werleppsch und andere Redner.

Der Antrag Zelle wird verworfen.

Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz.

Aus den vorliegenden Berichten ist ersichtlich, daß die Internationale Vereinigung und das Internationale Arbeitsamt seit der letzten Delegierten-Versammlung (1904) einen Aufschwung genommen. In Großbritannien, den Vereinigten Staaten, Spanien und Dänemark sind neue Landessektionen gegründet worden, so daß zur Zeit zwölf Sektionen in 11 Ländern mit zusammen über 4000 Einzel- und korporationsmitgliedern. Aus den verschiedenen Sektionen ist ersichtlich, daß diese ihre Tätigkeit nach zwei Seiten hin entfalten: sie wirken für die Durchführung der Postulate der Internationalen Vereinigung in ihren respektiven Ländern und entfalten außerdem auf den verschiedenen Gebieten der nationalen Sozialpolitik eine Tätigkeit, die fast überall in parlamentarischen Initiativanträgen ihren Ausdruck fanden. Die Tätigkeit der Internationalen Vereinigung als solcher war im wesentlichen auf die Durchführung der früheren Beschlüsse und auf die Vorbereitung der neu zu stellenden Aufgaben konzentriert. Der Verhütung von Arbeitsunfällen hat die Vereinigung dauernd ihr Interesse bewahrt, in einer an alle Staatsregierungen versandten Petition wurden Forderungen zur Bekämpfung anderer gewerblicher Vergiftungen aufgestellt; eine aus namhaften Hygienikern zusammengesetzte internationale Expertenkommission wurde mit der Aufstellung einer Liste sämtlicher gewerblicher Gifte, nebst Angabe ihrer Verwendungsart, ihrer Wirkungen und der Vergiftungsdiagnosen betraut; über die Fragen der Nachtarbeit der Jugendlichen, der gesetzlichen Regelung der Heimarbeit und des Maximalarbeitstages Erwähnung wurden Untersuchungen veranstaltet.

Internationales Arbeitsamt.

Das Amt hat seine bereits feststehenden Aufgaben weitergeführt, die hauptsächlich in der Redaktion des in deutscher und französischer Sprache erscheinenden Bulletin, in der Erteilung von Auskünften über Fragen des Arbeiterschutzes und in der Durchführung der für die Zwecke der I. V. erforderlichen Enquêtes und Untersuchungen bestehen. Der Bericht über die Tätigkeit des Amtes weist u. a. auch darauf hin, daß von dem im Laufe der Berichtperiode erstatteten 35 Auskünften und Gutachten 17 von Regierungen verlangt worden sind. Die Anerkennung der Tätigkeit des A. V. kommt darin zum Ausdruck, daß seit dem letzten Kongress 4 Staaten dem Amt neue Subventionen gewährten und 7 Staaten ihre bisherigen Subventionen erhöhten. Infolge dessen konnte eine völlige Konsolidierung der Amtsfinanzen vor sich gehen; während das Amt bei der letzten Versammlung vor einem Defizit von nahezu 30.000 Fr. gestanden hat, weist das dem Kongress vorgelegte Budget für 1907 sogar Ueberschüsse auf.

Im Hinblick auf die befriedigende Lage der Vereinigung und des Arbeitsamtes werden folgende Anträge der ersten Kommission angenommen: „Das Bureau der Internationalen Vereinigung wird beauftragt, denjenigen Staatsregierungen, welche durch Erhöhung ihrer Staatsbeiträge wesentlich zur Ordnung des Finanzhaushalts der Vereinigung und zur ersprießlichen Fortführung des Internationalen Arbeitsamtes beigetragen haben, den Dank der Vereinigung auszusprechen.“ „Die 4. Delegiertenversammlung nimmt mit Befriedigung von den vorliegenden Berichten des Bureaus, des Schatzmeisters und des Arbeitsamtes Kenntnis. Sie spricht an das Bureau, den Schatzmeister und das Arbeitsamt für deren Tätigkeit, insbesondere auch für die Tätigkeit für Sanierung der finanziellen Lage der Vereinigung den warmen Dank aus, erteilt dem Bureau für die Rechnungen der Jahre 1904 und 05 Danksage und genehmigt das Budget 1907.“ Zum Budget wird eine größere Summe für das Bulletin des Arbeitsamtes und eine englische Ausgabe dieses Bulletin beschlossen. Das Bureau wird beauftragt, die Sektionen über die Frage der Pensionsversicherung der Beamten des Arbeitsamtes Bericht und Antrag zu erstatten und nach Erzielung der Einstimmigkeit die erforderlichen Verträge abzuschließen.

Durchführung der Arbeiterschuttsfrage.

Wie der Wert jedes Gesetzes nicht allein von dessen Redaktion, sondern auch von der Auslegung und Durchführung abhängt, so trifft dies in besonderem Maße für Arbeiterschuttsgesetze zu, und in dem Maße, als die Bestimmungen für internationale Arbeiterschuttsverträge an Erfolg gewinnen, erhebt sich die Frage der Gesetzesdurchführung internationale Bedeutung. Denn es ist klar, daß beim Abschluß solcher Verträge nur solche Staaten als gleichberechtigte Kontrahenten angesehen werden können, die eine Gewähr dafür bieten, daß der Inhalt der Verträge nicht nur zu einer mehr oder weniger formellen Regelschleife, sondern auch zur Durchführung gelangt. Dieser Schwierigkeit will der nachfolgende Antrag der 1. Kommission entgegenwirken in der Meinung, daß eine möglichst intensive Ausgestaltung der nationalen Fabrikinspektionen geeignet ist, jedes internationale Kontrollorgan überflüssig zu machen. Entsprechend der bisherigen Arbeitsmethode soll auch die Tätigkeit auf diesem Gebiete durch eine sorgfältige Untersuchung bestehender Verhältnisse eingeleitet werden. Darum lautet der Antrag: „Die Sektionen werden eingeladen, dem Bureau einen Bericht über die Maßnahmen zu erstatten, die in jedem Lande durch Gesetz oder Verordnung zum Zwecke der Sicherung der Durchführung der Arbeiterschuttsverträge ergriffen worden sind. Den Sektionen wird zu diesem Zweck vom Bureau ein Fragebogen zugestellt werden. Das Bureau wird auf Grund der Beantwortungen dieses Fragebogens einen vergleichenden Bericht über die Formen der Durchführung der verschiedenen Arbeiterschuttsverträge ausarbeiten.“

Kinderarbeit.

Im Hinblick auf den engen Zusammenhang der Jugendarbeit und der Kinderarbeit, deren Untersuchung in verschiedenen Staaten verschiedentlich ist, und da die Arbeit der Jugendlichen von der Vereinigung behandelt wird, beschließt der Kongress: „Das Bureau wird beauftragt, die Sektionen einzuladen, über den Umfang der gewerblichen Kinderarbeit und die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der gewerblich tätigen Kinder, mit Einschuß des Beschäftigungswesens, Berichte zu erstatten und auf Grund dieser Berichte her nachsten

Delegiertenversammlung einen zusammenfassenden Bericht vorzulegen.“

Ziel- und andere gewerbliche Verfassungen.

Um in dieser so brennenden Frage weiterzukommen, soll die Vereinigung die Sektionen veranlassen, durch Sachkenner Erhebungen über die Gefahren bei der Herstellung und der Anwendung der Bleifarben, sowie in der keramischen und poligraphischen Industrie anstellen und bis zum 1. Januar 1908 Bericht erstatten zu lassen und Berichte über das Verbot des Weisphosphorverbrauches bis zum 1. März 1908 vorzulegen. Drei Sachverständige sollen beauftragt werden, unter Zugrundelegung der von den Landessektionen eingegangenen Liste eine endgültige Aufstellung der wichtigsten gewerblichen Gifte nach dem Grade ihrer Gefährlichkeit auszuarbeiten. Endlich drückt ein Antrag Keuser-Zelle den Wunsch aus, die Regierungen, die das Berner Konferenz-Abkommen über den weißen Phosphor nicht unterzeichnet haben, möchten diesem Verträge baldmöglichst beitreten, und erucht die Sektionen der betreffenden Staaten, Erhebungen zu veranstalten, und mit allen Mitteln darauf hinzuwirken, daß ihre Regierungen dem Abkommen noch beitreten.

Nachtarbeit der jugendlichen Arbeiter.

Die Jugendlichen entbehren zwar nur in Süd- und Zentralamerika und Japan jeder Regelung; in den meisten Staaten der Nordamerikanischen Union ist die Arbeitszeit der Jugendlichen überhaupt auf acht Stunden täglich limitiert, ohne daß indessen die Nachtarbeit besonders verboten wäre und die europäischen Industriestaaten verbieten die Nachtarbeit der Jugendlichen grundsätzlich, aber es bestehen dabei doch Verschiedenheiten: 1. in der verschiedenartigen Fassung des Begriffes des jugendlichen Arbeiters (in Rußland bis zum 15., in Frankreich bis zum 18. Altersjahre), 2. in der Auffassung des Begriffes Nacht (in Rußland sechs, in der Schweiz zehn Stunden), und 3. in der verschiedenartigen Regelung der Ausnahmen vom Verbote der Nachtarbeit. Nach langer Diskussion nimmt der Kongress folgende Resolutionen an: 1. Die Nachtarbeit für jugendliche Arbeiter bis zum 18. Lebensjahre soll im allgemeinen verboten werden. 2. Das Verbot ist ein absolutes bis zum 14. Altersjahre. 3. Für Jugendliche im Alter von über 14 Jahren sind Ausnahmen gestattet: a) in Fällen höherer Gewalt oder ausnahmsweiser Verhältnisse; b) in Industrien, deren Rohprodukt weiteren Verderbens unterworfen sind und zur Vermeidung großen Schadens. 4. Die Nachtarbeit ist gänzlich unterlagert im Handelsgewerbe wie auch in den Bureaus derjenigen gewerblichen Betriebe, in denen die Nachtarbeit unterlagert ist. 5. Nachtarbeit dauert von 10 Uhr Abends bis 5 Uhr Morgens. 6. Uebergangsbestimmungen können vorgezogen werden. 7. Die Internationale Vereinigung spricht den Wunsch aus, daß die Inspektion ernstlich durchgeführt werde. 8. Zum Studium der Mittel zur Durchführung der auf die Nachtarbeit der Jugendlichen bezüglichen Resolutionen wird eine Kommission eingesetzt.

Maximalarbeitsstag.

Der personale Arbeiterschuttkongress, führt Professor Sombart aus, hat den Zweck der Erhaltung der Klasse, darum schützen wir die Frauen, darum schützen wir Kinder. Den Schutz auf diese beiden zu beschränken, ist aber sehr kurzfristig, zur Familie gehört auch der Familienvater und bleibt dieser ungeschützt, kann ist der Schutz unvollständig. Wenn dagegen noch das alte Argument der Freiheit des Individuums erheben wird, da ein Eingreifen des Staates nur für die Unmündigen angebracht ist, so ist darauf zu antworten, daß der erste Schritt längst getan ist, was auch Macaulay schon 1848 klarlegte, im Sonntagsruhegesetz und in den Arbeitszeitbeschränkungen gewisser Industrien und daß es ganz unzulässig ist, in gleicher Weise arbeitende Frauen als unmündig zu bezeichnen. Darum enthält der erste Punkt die Anerkennung des Grundgesetzes: 1. daß die Festsetzung eines Maximalarbeitsstages von hohem Interesse ist für die Erhaltung und Förderung der physischen und geistigen Kräfte der Arbeiter und Angestellten. — Daß dieser Grundsatz nicht von den Arbeitern aus eigenen Kräften durchgeführt werden kann, zeigt sich in England, wo die Gewerbetreibenden die größte Macht haben und doch an die Hilfe des Gesetzgebers appellieren; darum erklärt der zweite Punkt der Resolution: Daß nebst den durch die Anstrengungen der Berufsorganisationen bereits erzielten oder noch zu erzielenden Erfolge die Intervention des Gesetzgebers notwendig ist, um die allgemeine Festlegung eines Maximalarbeitsstages zu ermöglichen. — Einmal diese prinzipiellen Punkte anerkannt, folgt die Frage nach den zu unternehmenden Aufgaben: Die bisherigen Erhebungen haben noch keine genügenden Ergebnisse gezeigt, darum müssen weitere angestellt werden: a) über die Dauer der täglichen Arbeitszeit der erwachsenen Arbeiter und Angestellten, und b) über die Wirkungen der bereits durch Gesetz, Verwaltungsmaßnahmen oder die Initiative der Arbeitgeber- und Arbeiter-Organisationen erzielten Beschränkungen des Maximalarbeitsstages, besonders hinsichtlich der Arbeitsleistung der Arbeiter und des Fortschritts der Technik. Dabei ist das Arbeitsamt befugt, diese Erhebungen auf einzelne Industriezweige zu beschränken, die Grenzen werden sich bei der Arbeit selbst zeigen. Eine solche Begrenzung kann nicht schaden, das Wichtigste ist, daß die Vereinigung mit ihrem Einfluß sich grundsätzlich für die allgemeine Regelung der Arbeitszeit ausspricht. — Die Anträge werden einstimmig angenommen.

Heimarbeit.

Die Heimarbeitsfrage beschäftigte ihre Kommission sehr lange, trotzdem gelangte man nur zu sehr wenig befriedigenden Resolutionen. Zunächst herrscht Ueberzeugung darüber, daß die in der Hausindustrie bereits nachgewiesenen Uebelstände ein Eingreifen der Staatsgewalt notwendig machen. Das nächste Bedürfnis ist, den Heimarbeiter kennen zu lernen, zu wissen, welche und wieviele Heimarbeiter existieren. Zu diesem Zwecke sollen die nationalen Sektionen von ihren respektiven Regierungen gesetzliche Maßnahmen verlangen, durch welche für den Arbeitgeber (Besitzer und Zwischenmeister) die Verpflichtung ausgeprochen wird, ein Verzeichnis der von ihnen außerhalb ihrer Betriebsstätten beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen zu führen und den Behörden auf Verlangen jederzeit vorzulegen. Der bairische Chef-Fabrikinspektor Witmann wollte diese Kontrolle auch auf die vom Arbeiter im Hause mitbeschäftigten Gehilfen und Familienangehörigen ausdehnen, wurde aber in der Diskussion veranlaßt, seinen Antrag zurückzuziehen. Um jedoch die tatsächlichen Arbeitsverhältnisse festzustellen, sollen die Arbeitgeber, jeder der beschäftigten Personen bei der Auftragerstellung einen Zettel mit genauer Angabe des Stücklohnes und der Preise für Materialien und Arbeitsmaterialien auszufüllen und in den Räumen, in denen die Ausbezahlung des Lohnes stattfindet, den im Geschäft in Betracht stehenden Lohnzettel anzuschlagen verpflichtet sein. Die Informationen, die auf diesem Wege erlangt werden, sollen möglichst Verbreitung finden. — Die übrigen Anträge sind im Unterschiede zu den vorigen sehr umfassend und darum sehr unbestimmt: Die nationalen Sektionen werden erucht, die Ausdehnung der Gewerbe- und Fabrikinspektionen sowie der sozialen Versicherungen auf die Heimarbeiter anzustreben; sowohl im öffentlichen als im Interesse des Arbeiters strikte Anwendung der allgemein familiären Vorschriften und Gesetze auf ungesunde Wohnräume, in denen die Heimarbeit ausgeübt wird, zu verlangen und den Erlaß derartiger Bestimmungen zu bewirken, wo sie noch nicht bestehen; endlich die Bildung und Tätigkeit von Berufsorganisationen, Käuferligen usw. anzuregen und zu fördern. Endlich wird das Bureau beauftragt, Untersuchungen über die Heimarbeit in den Exportindustrien zu veranstalten, da

in diesen Industrien eine internationale Regelung am besten zu erreichen sei.

Versicherung.

Im Namen der Kommission für die Fragen der Arbeiterversicherung referieren die Herren Cori und Zegenwintler. Die von der Kommission vorgeschlagenen Resolutionen stellen eine Weiterführung der von der Internationalen Vereinigung schon im Jahre 1904 auf Antrag des Herrn Ministerialdirektors Caspar und Herrn Willstrand angenommenen Grundsatze dar, wonach für die rechtliche Stellung des erkrankten oder unfallverletzten Arbeiters möglichst der Sitz des Betriebes, nicht aber der Wohnsitz oder die Staatsangehörigkeit des Arbeiters maßgebend sein soll. Die Kommission schlägt vor, es möglichst die Sektionen für eine Vertiefung dieses Grundsatze ebenso im Wege der nationalen Gesetzgebung als auch in dem internationalen Verträge wirken, über den Erfolg ihrer Bemühungen dem nächsten Kongress Bericht erstatten und den Entwurf eines internationalen Vertrages vorlegen. Diese Anträge werden ohne Diskussion angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Das Ergebnis der unverbindlichen Beratungen muß als ein außerordentlich mageres erachtet werden; auf allen Gebieten (Ziel- und Giffrage, Kinderarbeit, Maximalarbeitsstag, Heimarbeit) zwar Anerkennung der Dringlichkeit internationaler Regelung, aber gleichzeitig Aufstellung so unausreichender Forderungen, daß deren Aufstellung eher einen Semichuch als eine Förderung dieser so wichtigen sozialen Aufgaben bedeutet. Die Arbeiterklasse ersieht auch aus diesen Beratungen sozial wohlbedenkender Männer, daß ein ausbreitender Arbeiterschutzes lediglich durch die Arbeiterklasse selbst erkämpft werden kann. Daß die Notwendigkeit internationaler Schutzregelung überhaupt auch von den Kreisen anerkannt wird, die auf der Konferenz vertreten waren, ist immerhin ein Erfolg der Bestrebungen der Arbeiterklasse.

Gewinnbeteiligung.

Man schreibt uns: Die immer dringender werdende soziale Frage hat auch die Kreise des Bürgertums aus ihrer Ruhe aufgeschreckt und sie veranlaßt, nach einem Weg zu suchen, um die Uebelstände, unter denen die arbeitenden Klassen bei den heutigen Verhältnissen zu leiden haben, zu mildern. Die einen tun das aus wirklichem Mitleid für die Arbeiter, deren Elend sie nicht verzeihen können, die anderen aus Furcht für den Bestand der Gesellschaftsordnung, welche durch die unter sozialistischer Führung anwachsenden Proletariermassen bedroht ist. Ein Mittel soll gefunden werden, das den Vormarsch der Arbeiterklasse aufhält und sie mit der heutigen Wirtschaftsordnung ausöhnt, ein Mittel, das imstande wäre, den „sozialen Frieden“ herbeizuführen.

Als ein solches Mittel wird von manchen die sogenannte Gewinnbeteiligung angesehen. Hierbei wird den Arbeitern außer dem kontraktlich festgesetzten Lohn ein vorher bestimmter Anteil am dem Gewinn der Unternehmung abgegeben. Die Gewinnbeteiligung hat zur Folge, daß die Arbeiter am Gedeihen des Geschäftes interessiert sind. Sie wird ihren Arbeitsfleiß und ihre Sorgfalt steigern und ist daher für den Unternehmer besonders in solchen Betrieben vorteilhaft, wo der Erfolg in hohem Maße von der Loyalität der Arbeiter abhängig ist; wo es sich um hoch qualifizierte Arbeiter handelt, oder dann, wenn dem Unternehmen eine Veranlassigung der Arbeiter nur schwer möglich und der Stützlohn nicht anzuwenden ist.

Wenn wir vom Standpunkt des Arbeiters zur Gewinnbeteiligung Stellung nehmen, so müssen wir unterscheiden, ob ein geringerer wie der übliche Lohn gezahlt wird und die Gewinnbeteiligung zum Ersatz für die Lohnminderung dienen soll, oder ob sie nur als Zusatz zu dem üblichen Lohn gewährt wird.

Im ersten Falle wird die Gewinnbeteiligung dem Interesse des Arbeiters im hohen Grade. Die Unsicherheit, unter der er zu leiden hat, würde noch größer, wie sie an sich schon ist. Nicht nur, daß er fürchten müßte, in schlechten Zeiten seine Arbeit zu verlieren, — auch wenn er sie behält, würde sich sein Einkommen bedeutend vermindern. Er wäre gezwungen, das Risiko der Unternehmung mittragen zu helfen. Im anderen Falle aber werden die Unternehmer, ebensowenig wie sie bereit sind, durch Lohnminderung einen großen Teil ihres Gewinns abzutreten, dies durch die Gewinnbeteiligung tun wollen. Das Mehrertrömmen des Arbeiters wird daher in der Regel nur auf einen Teil dessen beschränkt sein, was der Unternehmer durch die größere Sorgfalt und größeren Fleiß seiner Arbeiter gewinnt. Man kann aber in den meisten Fällen der Ertrag des Geschäftes durch vergrößerten Fleiß der Arbeiter nur wenig gesteigert werden. Dieser hängt viel mehr von der Tätigkeit der kaufmännischen und technischen Leitung, der Größe des Kapitals, der Konjunktur usw. ab. Es kann daher die Einkommenserböhung, die eine Gewinnbeteiligung den Arbeitern bringt, nur eine geringe sein. Höchstens in Unternehmungen, die aus irgend einem Grunde eine Monopolstellung genießen, könnte den Arbeitern auf die Weise ein größerer Mehrertrömmen zugewiesen werden. Aber das würde dann nicht geschehen auf Kosten des Unternehmers, sondern auf Kosten des Konsumenten.

Dazu kommen bei der Durchführung der Gewinnbeteiligung eine Anzahl Schwierigkeiten. So verlangen z. B. die Arbeiter, um den Unternehmer kontrollieren zu können, Einsicht in dessen Bücher, wogegen sich dieser in der Regel sträuben wird. Damit droht die Gewinnbeteiligung, die doch das Verhältnis zwischen Arbeitern und Unternehmern „bessern“ soll, gegenseitiges Mißtrauen und Streit zu erzeugen.

Aus all diesen Gründen hat die Gewinnbeteiligung wenigstens für Lohnarbeiter — anders für Leute in leitenden kaufmännischen und technischen Stellungen — nur eine geringe Verbreitung gefunden.

Aber selbst, wenn dies anders wäre, so könnte doch die Gewinnbeteiligung, ebensowenig wie irgend eine andere Reform, die nur darauf ausginge, die Einkommensverteilung zu ändern, darauf rechnen, die Arbeiterklasse zu befriedigen. Denn nicht nur die Verteilung der Güter ist es, welche die Sozialdemokratie an der heutigen Wirtschaftsordnung tabelt, sondern auch die ungewöhnliche Organisation der Gütererzeugung. Wir hoffen in einer sozialistischen Gesellschaft nicht nur den Ertrag der Arbeit besser verteilen zu können, wir sind vielmehr überzeugt, daß es gelingen würde, mit denselben Mitteln mehr zu produzieren und dadurch den Menschen ein glücklicheres und vollkommeneres Dasein zu schaffen.

Die kapitalistische Gesellschaft treibt Hand an mit den ihr anvertrauten Kräften. Ungezählte Summen werden auf Reklame verschwendet. Wo eine einzige große Unternehmung genügen würde, um den Bedarf zu decken, stehen eine ganze Reihe nebeneinander, die einen großen Teil der Kräfte ihrer Angehörigen nur darauf verwenden, sich gegenseitig Konkurrenz zu machen. In Krisenzeiten bleiben unzählige Mengen von Personalkräften und Produktionsmitteln unbenutzt. Tausende von Arbeitern sind beschäftigungslos.

An der Organisation unseres Wirtschaftslebens kann oder durch solche Mittel, die nur den Zweck des Arbeiters erhöhen, nichts geändert werden. Selbst wenn, wie nicht ange-

